

Bezugspreis:

Für den Monat Dezember 1922 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Litauen 1200 M. für das übrige Ausland 1300 M. ...

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Korrespondenten: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 16. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vollstreckkonto: Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abzugeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopiergebühr ...
„Kleine Anzeigen“ des Freitagblattes ...
„Große Anzeigen“ des Freitagblattes ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft ...

Poincarés Bericht über London.

Paris, 15. Dezember. (W.F.B.) In der heutigen Kammer-Sitzung ergreift gleich nach Beginn Ministerpräsident Poincaré das Wort. (In diesem Augenblick ruft der Royalist Daudet: Ich bitte um das Wort!) Der Ministerpräsident fährt fort: Ich schulde dem Parlament Rechenschaft. Keines der Ereignisse seit einem Monat berechtigt die öffentliche Meinung zu irgendwelcher Erregung. Poincaré versichert, daß in der Orientfrage volles Einverständnis mit den Alliierten bestehe; die Lausanne Konferenz gehe planmäßig weiter. Wir werden, so fuhr Poincaré fort, in vollem Einverständnis mit unseren Alliierten handeln und dem Abkommen von Ungar die Treue bewahren. Frankreich wird seine moralische Stellung im Orient weder zerlassen noch verflüsseln lassen. Um eine enge Gemeinschaft mit den Alliierten aufrechtzuerhalten, habe er sich nach London begeben, um dort über die Reparationen und die interalliierten Schulden vor der Plankonferenz von Brüssel zu verhandeln.

Die Londoner Besprechungen

hätten in der freundschaftlichsten Atmosphäre stattgefunden; auf keiner Seite habe es Hintergedanken gegeben. Wo eine Meinungsverschiedenheit aufgetreten sei, hätten die Beteiligten nach einer Möglichkeit gesucht, sich zu verständigen. Der gegen Frankreich so ungerade vorgetragene Vorwurf des Imperialismus werde in britischen Regierungskreisen niemals wiederholt werden. Die Besprechungen in London seien nur bis zum 2. Januar hinausgeschoben worden, das heißt, sie würden vor dem Jahrestagstermin vom 15. Januar wieder beginnen, an dem das Moratorium erlöse. Die Kammer erwarte von ihm gewiß nicht, daß er sie von den ausgetauschten Reden in Kenntnis setze. Er habe einfach die Ideen entwickelt, die er auch in der Kammer ausgeführt habe, und er habe seine Haltung in keinem Punkte zu ändern brauchen. Poincaré läßt dann

die deutschen Vorschläge

zur Stabilisierung der Mark und zur Festsetzung der deutschen Reparationszahlungen im Hinblick auf ein Moratorium für sämtliche Verzinsungen und Sachlieferungen zusammen. Es habe sich darum gehandelt, den Zahlungsplan von 1921 umzusetzen, die deutschen Schulden herabzusetzen und ein Moratorium von vier oder fünf Jahren zu erlangen, und zwar, ohne eine der von den Alliierten entwickelten Reformen anzunehmen, namentlich, was die Einziehung der Steuern, die Stabilisierung der Mark usw. anbetreffe. Die These der Herabsetzung der deutschen Schuld sei auch die These zahlreicher Finanzleute. Aber Frankreich, das hauptsächlich interessiert sei, werde Ende dieses Jahres für Deutschland 100 Milliarden voraus zahlen; Frankreich könne also nicht auf seine Forderungen verzichten. Die Kriegsschulden der alliierten Staaten untereinander betragen 72 Milliarden Goldmark. Es gebe nicht den geringsten Vergleich zwischen diesen Schulden und der deutschen Schuld. (Beifall.) Bei den alliierten Schulden handele es sich ausdrücklich um Kriegskosten und Kosten für den gemeinsamen Sieg. Die Alliierten hätten hoffen dürfen, daß die Kriegskosten, die sie untereinander hätten, zu Kosten Deutschlands gestellt würden. Im Versailler Artikel 231 erklärt sich Deutschland den Alliierten gegenüber verantwortlich für alle Verluste und Schäden, die der Krieg verursacht hat. Im Artikel 232 erkennen die Alliierten an, daß die Hilfsquellen Deutschlands ihm nicht gestohlen, alle Verluste und alle Schäden zu reparieren; aber Deutschland und seine Verbündeten müßten die an Personen und Sachen verursachten Schäden reparieren. Die Alliierten hätten der Wiedergutmachung der verursachten Schäden eine Priorität vor den Kriegsschulden zuerkannt. Die Alliierten könnten also unter sich

die Zahlung der Kriegsschulden nicht verlangen, bevor Deutschland nicht die Kriegsschulden repariert

habe. Wenn die Alliierten strenger behandelt würden, als der für den Krieg verantwortliche Besiegte, dann wäre das die Ungerechtigkeit, die am wenigsten zu dulden wäre. (Beifall.) Frankreich verweigere seine Kriegsschulden nicht, aber es könne sie weder de jure noch de facto bezahlen, bevor es selbst Bezahlung von Deutschland erhalten habe. Frankreich habe England und Amerika zur Bezahlung dieser Schulden deutsche Obligationen C in gleicher Höhe angeboten. Das erliefen, als er nach London gegangen sei, sei er auf die Balfour-Note gestoßen. Diesmal habe er Fortschritte erzielt; und die Möglichkeit ins Auge gefaßt, eine Sonderregelung zu treffen, ohne auf die Entscheidung der Vereinigten Staaten zu warten. Die Verhandlungen seien eingeleitet und man könne an eine europäische Regelung denken, ohne daß Frankreich etwas von dem obern müßte, was Deutschland ihm schulde. Die Reparationskommission habe sich bekanntlich hinsichtlich der von Deutschland zu fordernden Garantien in zwei Gruppen geteilt. Es sei notwendig, daß die Reparationskommission zusammen mit dem Garantienkomitee die deutschen Finanzen kontrolliere, damit die Mark sich nicht weiter verschlechtern könne; eine Kontrolle, die Unregelmäßigkeiten und Verschwendung verhindern solle, müßte mit einem Vetorecht verbunden sein. Seit Januar 1922 lebt

Deutschland unter dem Regime des Moratoriums.

Im März hat die Reparationskommission entschieden, daß Deutschland 720 Millionen Goldmark zu bezahlen habe. Davon seien 450 bezahlt, der Rest aber in sechsmonatigen Schachwechsel umgewandelt. Deutschland habe nur für 900 Millionen Goldmark Sachlieferungen erbracht, im ganzen also 1400 Millionen Goldmark bezahlt, anstatt 2 Milliarden und mehr. 500 Millionen habe Deutschland noch zu zahlen, dann kämen die Bezahlungskosten und schließlich der Anteil Frankreichs. Das

gesamte deutsche Nationalvermögen könne beschlagnahmt werden; der englische und der französische Text wichen nach dieser Richtung leicht von einander ab; aber nach dem Völkerrecht ist nach

dem Zivilrecht sei das Vermögen des Schuldners immer ein Pfand für den Gläubiger. (Abg. Blum (Soz.) unterbricht.) Poincaré fährt fort, Frankreich habe niemals den Gedanken gehabt und werde ihn niemals haben, militärische Expeditionen mit militärischem Charakter durchzuführen. Es wolle auch Deutschland keine Straffaktionen auferlegen, aber es wolle in dem Maße bezahlt sein, in dem es möglich sei. Man denke nur daran, im gemeinsamen Interesse der Alliierten den deutschen Reichtum zu konfiszieren.

Wir möchten in Gemeinschaft mit unseren Alliierten vorgehen und werden freundschaftlich darauf bestehen, daß man uns seinen Beistand nicht verweigere. Wenn wir aber zu unserem lebhaftesten Bedauern gezwungen sein würden, isoliert vorzugehen und unsere Maßnahmen zu treffen, dann würden wir es niemals anders als auf gemeinsames Konto unternehmen. Wenn Frankreich dazu gezwungen würde, irgendwie seine Ingenieure und Zellbeamten zu insallisieren, wird es stets auch den alliierten Ingenieuren und Zellbeamten einen Platz reservieren. Es würde spontan die Kontrolle seiner Freunde über die Maßnahmen verlangen, die es ergreifen wird. Es wird stets bereit sein, ihnen zu beweisen, daß es weder von einem militaristischen Geiste, der nicht bei ihm besteht, geführt wird, noch durch irgendwelche territoriale Eroberungsabsichten. Dem Erlauchen Bonor Lams, die Unterredung am 2. Januar fortzusetzen, sei er um so williger nachgegeben, als ja seine Maßnahmen während des laufenden Moratoriums erfolgen könnten. Poincaré unterstreicht das große Interesse, das ein gemeinsames Vorgehen zwischen ihm und Bonor Lam mit Mussolini und Rheinisch gereizigt habe, als man die unannehmbaren Vorschläge

zurückwies, die versucht hätten, die skandinavischen Profite der deutschen Großindustrie zu konfiszieren. Wesentlich sei Deutschlands Übergangsstand, daß Deutsche größere Kapazitäten ins Ausland übergeführt hätten. Poincaré entschuldigte sich schließlich, daß er nicht mehr sagen könne. Er dürfe nicht den Verlauf der Unterredung bekanntgeben, und es wäre sicher schlecht, einen Monat im voraus den Schuldner Deutschland über die Absichten seiner unbezahlten Gläubiger zu unterrichten. Er wüßte sogar, daß sein Wort ausgesprochen werde, weder von der Regierung noch von Abgeordneten, das die friedliche Aktion der französischen Regierung verhindern könnte.

Poincaré entschuldigt sich bei den Interpellanten.

daß er nicht frei reden könne wie sie. Er sei zu einer Reserve verpflichtet, für die ihm gestern Bonor Lam ein Beispiel gegeben habe. Die Kammer kenne die Politik der Regierung. Sie baue sich auf dem Werke der Gerechtigkeit und des Willens friedlicher Realisierung auf. Wenn die Kammer glaube, daß die augenblickliche Regierung weniger geeignet sei als ein andere, so möge sie es sagen. (Zahlreiche Stimmen: Nein, nein!) Wenn die Kammer aber dem Kabinett vertraue, dann werde er nach wie vor die Interessen Frankreichs vertreten, die untrennbar seien von den Interessen Europas und der Welt.

Hierauf spricht der Royalist Daudet: Seit drei Jahren hätten alle Regierungen die gleiche Sprache geführt, ohne große Ergebnisse zu erzielen. Nach vorn habe Poincaré bewiesen, wie schwierig es sei, etwas von Deutschland zu erlangen. Eine Kontrolle auszuüben sei nicht leicht; es bleibe also nur ein einziges Mittel, die Ruhrbesetzung. Von Deutschland habe man viel eher ein Emporsteigen des Imperialismus als eine Resolution zu fürchten. Als Daudet den Namen Briand nennt, erhebt sich dieser und erklärt, als er die Regierung niedergelegt habe, hätte Deutschland alle Verpflichtungen des Londoner Zahlungsplanes erfüllt gehabt; leidern habe sich Deutschland zahlungsunfähig gemacht und er beurteile seine Lage genau so wie Poincaré. Er freue sich, daß der Ministerpräsident die Solidarität der Alliierten aufrechterhalten wolle. Er leide ihr eine Unterstützung.

Im Anschluß an die Erörterung lehnt die Kammer die Vertagung der Debatte mit 288 gegen 236 Stimmen ab; die Interpellationsdebatte dauert an.

Vor der Abstimmung über die Vertagung erklärt der Abg. Lardieu, er würde diese Vertagung annehmen haben, wenn Daudet nicht die ehemalige Regierung Clemenceaus interpelliert haben würde. Außerdem habe er Briand zu antworten. Darauf sprach Abg. Levy (Kommunist) über die ältere Interpellation bei den Nachmittagsstunden im Verkehr.

Nach dem Abg. Levy ergreift Lardieu das Wort, um zunächst über die Lage nach der Konferenz von London zu sprechen und dann auf interpellatorische Fragen einzugehen. Darauf wurde die Sitzung bis 10 Uhr abends vertagt, und in der Nachsitzung nahm der Abg. Fargeot das Wort. — Ueber die Ausführungen dieser Hauptgegner des Ministerpräsidenten liegt bei Redaktionsschluss ein Bericht noch nicht vor.

Weltfriedenskongreß gegen Sanktionen.

Die Verhandlungen geschlossen.

Haag, 15. Dez. (W.F.B.) Die Kommissionen des Weltfriedenskongresses haben u. a. beschlossen, den Antrag des französischen Gewerkschaftsbundes, der französischen sozialistischen Partei und der belgischen Delegation gegen die Befehle des Ruhrgebietes anzunehmen. Darin wird die Politik der Sanktionen verurteilt und ebenso eine Politik, die darauf abzielt, an Stelle der Reparationsleistungen Währungsnoten zu lassen, die die Auflösung Deutschlands und eine verkappte Annexion des Gebiets bedeuten. Der Kongreß richtet an alle Völker den Ruf, jeder Gewaltmaßnahme, durch die die Zivilisation und der Frieden bedroht werden, entgegenzutreten. Nach Annahme von vier Resolutionen ist der Weltfriedenskongreß mit einer Ansprache des Präsidenten Thomas geschlossen worden.

Internationaler Lohnvergleich.

Die Parastellung des deutschen Arbeiters.

Die fortgesetzte Teuerung hat natürlich auch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter zur Folge gehabt. Jedermann weiß, daß die Löhne keinesfalls den Preisen voraneilen, sondern daß sie im Gegenteil hinter der Teuerung immer mehr zurückbleiben. Wie hoch auch der nominale Lohn erscheinen mag, sowie man den Versuch macht, diesen Lohn in Ware umzusetzen, kommt man zu der Feststellung, daß es sich bei den scheinbar hohen Löhnen in Wirklichkeit meist geradezu um Hungerlöhne handelt.

Wie kommt es nun, daß unsere Preise trotzdem den Weltmarktpreisen vielfach gleichkommen, ja sogar teilweise über den Weltmarktpreisen stehen? Sind etwa die Löhne der Arbeiter in den hauptsächlichsten industriellen Ländern noch niedriger als die Löhne der deutschen Arbeiter, so daß die ausländischen Industriellen in der Lage sind, ihre Preise trotz des Marksturzes teilweise niedriger zu bemessen als die Preise gewisser deutscher Erzeugnisse?

Ueber diese Frage bekommt man einigen Aufschluß, wenn man die Löhne der deutschen Arbeiter vergleicht mit den Löhnen, die in anderen Ländern gezahlt werden. Einen solchen Vergleich hat der Direktor des Statistischen Bureaus im englischen Arbeitsministerium, John Hilton, aufgestellt und ihn im „Manchester Guardian Commercial“ (deutsche Ausgabe: „Der Wiederaufbau in Europa“) veröffentlicht. Es muß hier zunächst bemerkt werden, daß die Vergleiche, die dort gezogen wurden, durch den Marksturz der letzten Monate ganz erheblich überholt sind. Die Unterforschung bezieht sich auf die Löhne im April und Mai 1922. Da nun seitdem die Mark sich ungemein entwertet hat, würde ein Vergleich der Löhne im November ein noch weit stärkeres Mißverhältnis zuungunsten der deutschen Arbeiter ergeben.

Die Unterforschung erstreckt sich auf eine gewisse Anzahl von Berufen: Maurer, Zimmerleute, Monteure, Schriftföher und ungelernete Arbeiter. Wir beschränken uns darauf, hier nur die Durchschnittszahlen anzuföhren. In englische Währung umgerechnet, betrug der Durchschnitt des Lohnes für eine 48-Stunden-Woche in Deutschland 15,6 Schilling, in Belgien 41,9, in Frankreich 51,4, in England 82,3 und in den Vereinigten Staaten 195,4 Schilling. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiter in Belgien und Frankreich etwa den dreifachen Lohn des Arbeiters in Deutschland erhielten, die Arbeiter in England den sechsfachen und schließlich die amerikanischen Arbeiter nahezu das Dreizehnfache des Lohnes des deutschen Arbeiters!

Nun kann man einwenden, daß diese Ziffern für die Lebenshaltung der Arbeiter in den verschiedenen Ländern nicht entscheidend seien, weil die innere Kaufkraft einer Währung nicht immer identisch mit der äußeren Kaufkraft ist. Das ist zweifellos richtig. Der Verfasser hat auch den Versuch gemacht, der Sache insofern auf den Grund zu gehen, als er eine gewisse Anzahl von Lebensmitteln in einer bestimmten Quantität nach den Inlandpreisen in den angeführten Ländern verglichen hat. Nur handelt es sich freilich dabei um Lebensmittel, die dem deutschen Arbeiter zum größten Teil unzugänglich geworden sind. Außer Brot und Weizenmehl hat der Verfasser noch einen Vergleich zu ziehen versucht bezüglich der Preise für Eier, frische Butter und frische Milch. Wenn diese Dinge in den angeführten Ländern noch zu den täglichen Konsumartikeln der Arbeiter gehören, so sind sie in Deutschland aus dem Haushalt des Arbeiters so gut wie verschwunden. In der Berechnung der Lebenshaltungskosten der Berliner werktätigen Massen wird man z. B. Butter und Eier vergebens suchen.

Um sich in Besitz jener Lebensmittel zu setzen, müßte nun nach Hilton der amerikanische Arbeiter 2 1/2 Stunden arbeiten, der belgische 6 1/4, der französische 6 1/2, der englische 3 1/2 und der deutsche Arbeiter 7 1/2 Stunden.

Dieselbe Nummer des „Manchester Guardian Commercial“ enthält eine weitere Untersuchung über die Reallohne im heutigen Europa, verglichen mit den Löhnen von 1914 von S. H. Richardson, Direktor der Untersuchungsstation des Internationalen Arbeitsamtes. Auch Richardson kommt zu ähnlichen Feststellungen wie Hilton. Wir führen hieran nur einige Ziffern an, die sich auf die Staatsangestellten in verschiedenen Ländern beziehen. Diese Untersuchung gibt keinen Vergleich zwischen der Höhe des Reallohns der Staatsangestellten der angezogenen Länder untereinander, sondern zeigt nur auf, wie weit innerhalb jedes dieser Länder die Einkommen der Staatsangestellten, nach der Kaufkraft berechnet, gestiegen oder gesunken sind.

Die Unterforschung führt fünf Kategorien an, und zwar ist die erste Kategorie die der niedrigst bezahlten Staatsangestellten. Wir führen da überall dieselbe Umföhung, d. h., daß die erste Kategorie seit 1914 die Kaufkraft ihrer Einkommen erhöhen konnte. Ausgenommen ist davon nur Deutschland. Seht man das Einkommen der Vorkriegszeit gleich 100, dann ergibt sich, daß das Einkommen der ersten Kategorie Ende 1921 oder Anfang 1922 in Norwegen 101, in England 121, in Frankreich 123 betrug, in Deutschland dagegen nur 86. In der fünften Ka-

tergie, also bei den Höchstbezahlten, betrug die Ziffer für Frankreich 38, für Norwegen 37, für England 36 und für Deutschland 31. Seitdem ist in Deutschland freilich ein Wechsel eingetreten, als sich das Realeinkommen der niedrigst bezahlten Staatsangestellten genau so wie das der Arbeiter erheblich verschlechtert, während das Realeinkommen der Höchstbezahlten sich gesteigert hat. Das Niveau bleibt natürlich auch bei den Höchstbezahlten Deutschlands niedriger als bei jenen des Auslandes.

Die Schlussfolgerung, die sich aus diesen Zahlen ergibt, liegt auf der Hand. Wenn wir jetzt mit einer steigenden Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, wenn z. B. in der Hutindustrie eine ungeheure Arbeitslosigkeit herrscht, weil die Warenpreise ganz erheblich die Weltmarktpreise überschritten haben, obwohl die Löhne ganz außerordentlich unter den Weltmarktlöhnen liegen, wenn also nach der Versperrung des Inlandmarktes auch der Auslandsmarkt sich zu schließen beginnt, so liegt das nicht an den angeblich hohen Löhnen. Solange wir es dulden werden, daß die verschiedenen Kartelle, Ringe und Syndikate ganz willkürlich die Preise diktieren, wird nicht nur die Verelendung der Arbeiter steigen, sondern auch die deutsche Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit verelenden.

Das Bild wird aber erst vollständig, wenn wir uns daran erinnern, daß Herr Stinnes und mit ihm ein großer Teil der bürgerlichen Presse die Forderung aufstellt, die deutschen Arbeiter müßten noch zwei Stunden länger arbeiten und zwar — umsonst!

Die Pläne der Reichsregierung.

Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet, soll die Reichsregierung die Absicht haben, jetzt neben einer konkreten Ausarbeitung des bereits in London zur Kenntnis gegebenen Planes, der eine Zwischenlösung vorsieht, einen Plan über eine endgültige Lösung der Reparationsfrage vorzubereiten. Vor allem scheint man bestrebt, Garantien anzubieten. Hierfür fehlen bisher jedoch noch die Garantien. Die Garantieforderung soll bereits in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Hermes und des Staatssekretärs Bergmann in einer Konferenz besprochen werden, der hauptsächlich maßgebende deutsche Bankiers beizuhören. Enderufer dieser Konferenz ist der Reichsfinanzminister. Von einer Bereitschaft der Industrie, ebenfalls über diese Frage zu verhandeln, vernimmt man vorläufig noch bitter wenig. Das Kapitel der Garantien soll auch in einer Beratung der Parteiführer besprochen werden. Den Vorsitzenden der Fraktionen ist bereits ein Fragebogen zugegangen, der sich in der Hauptsache mit der Garantieforderung beschäftigt.

Die künftige Haltung Amerikas bei Erörterung der Reparationsfrage wird naturgemäß auch bei den Verhandlungen in Berlin eine Rolle spielen. Allem Anschein nach beabsichtigt die amerikanische Regierung ernsthaft, sich in Zukunft an der Lösung des Reparationsproblems aktiv zu beteiligen. Die Regierung Cuno hat bisher mit Amerika keinerlei Fühlung gesucht.

Amerikanische Milliardenkredite?

In Verbindung mit der in den letzten Tagen hervorretenden Meinung der maßgebenden politischen Kreise der Vereinigten Staaten, bei der Regelung der Reparationsfrage mitzuwirken, werden auch Nachrichten verbreitet, wonach Milliardenkredite von Amerika zu erwarten seien. So meldet der Washingtoner Berichterstatter der „New York World“, es werde allgemein angenommen, daß Morgans Besuch beim Staatssekretär Hughes am letzten Mittwoch die Möglichkeit einer großen internationalen Anleihe an Deutschland zum Gegenstand hatte, und zwar unter der Voraussetzung, daß Frankreich einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage zustimme. Die Höhe der Anleihe werde in Regierungskreisen mit anderthalb Milliarden Dollar angegeben. Man wird gut tun, an diese Redungen, die übrigens amtlich

noch nicht bestätigt sind, keine übertriebenen Hoffnungen zu knüpfen.

Newport, 15. Dezember. (Reuter.) Es wird angenommen, daß Vosschafter Harven mit dem Präsidenten Harding und dem Staatssekretär Hughes und anderen Persönlichkeiten besonders über Fragen berate werde, die mit den Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Großbritannien und Europa im Zusammenhang stehen. Voraussichtlich kehrt Harven Januar nach Europa zurück. Falls die Washingtoner Regierung in der gegenwärtigen Lage irgend etwas in der Art eines Ausweges aus den Reparationschwierigkeiten entdecken würde, werde Harven wahrscheinlich angewiesen werden, die europäischen Auffassungen zu sondieren, bevor irgendein formeller Vorschlag erfolgt. In manchen Kreisen glaubt man, daß Harvens Besuch vielleicht einen bedeutenden Einfluß auf das Ergebnis der Reparationsbesprechungen haben werde.

Schärfere Steuereinzahlung.

Zwei neue Gesetzentwürfe des Reichsfinanzministeriums.

DA Sofort zu Beginn der neuen Sitzungsperiode des Reichstags wird das Reichsfinanzministerium zwei Gesetzentwürfe einbringen, von denen der eine die sofortige Hinterlegung der Steuerbeträge auch bei den Nicht-Lohn- und Gehaltsempfängern vorseht, während der andere Strafbestimmungen enthält für den Fall, daß die Steuerzahler mit den Steuern im Verzug bleiben. Die Gesetzentwürfe sind deshalb von Wichtigkeit, weil deren Durchbringung maßgebend sein wird für die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der Frage des Abzugs von Steuern bei den Gehalts- und Lohnempfängern.

Der Fehlspruch im Hardenprozeß.

Eine sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„Am 14. Dezember 1922 hat das Schwurgericht Berlin III die beiden des Mordversuchs an Maximilian Harden Angeklagten, Buchhändler Grenz und Leinwand a. D. Weichardt, verurteilt: Grenz wegen Beihilfe zur Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren 9 Monaten, Weichardt wegen Beihilfe zur Körperverletzung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 9 Monaten. — Zahlreiche Urteile solcher Art sind in dem Buche von Gumbel „Vier Jahre Roed“ ausgeführt. Erst kürzlich, am 2. Dezember 1922, hat das Schwurgericht in Halle a. d. S. von zwei ehemaligen Reichswehrangehörigen, die zwei Arbeiter mitschuldig erschossen hatten, den einen freigesprochen, den anderen wegen Totschlags unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.“

Sind der Regierung diese Urteile bekannt? Hält sie diese Urteile für vereinbar mit der Rechtslage? Wie beurteilt sie ihre innen- und außenpolitische Wirkung? Welche Maßnahmen gedenkt sie zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland gegenüber offenbaren und organisierten Mordern zu ergreifen? Welche Folgen gedenkt sie aus solchen Urteilen für die Justizreform zu ziehen?

Hitlers Geldquellen.

Unterstützung durch bayerische Industrielle.

Dr. Kuhl, der Geschäftsführer des bayerischen Industriellenverbandes, ist auf der Jubiläumstagung dieses Verbandes gegen die in der Öffentlichkeit umlaufenden Gerüchte über nähere finanzielle Beziehungen des bayerischen Industriellenverbandes zu den Nationalsozialisten aufgetreten. Er hat dabei von Lüge und Verleumdung gesprochen. Die „Süddeutsche Demokratische Korrespondenz“ richtet infolgedessen folgende Anfragen an Dr. Kuhl:

Hält Herr Dr. Kuhl den Vorwurf der Lüge und Verleumdung auch aufrecht, wenn die Beziehungen zwischen Industriellenverband und Nationalsozialismus näher dahin umschrieben werden, daß wohl der Verband als solcher nichts mit den Nationalsozialisten zu tun hat, daß aber zwischen sehr prominenten, sehr

einflussreichen und ihm sehr gut bekannten Mitgliedern des Industriellenverbandes und sehr freigebigen und großzügigen Geldgebern des Herrn Hitler Personalunion besteht? Bestreitet er, daß er als der maßgebende Mann des Industriellenverbandes und ein ihm auch vermandtschaftlich sehr nahestehender Mann zu diesen Geldgebern gehören, oder versucht er seine Ablehnung damit zu begründen, daß vielleicht die Gelder nicht unmittelbar an die Hitler-Gruppe, sondern durch andere Organisationen, über die näheres mitzuteilen heute nicht die Zeit und Stunde ist, zugeteilt würden? Bestreitet Dr. Kuhl, mit Hitler persönlich verhandelt zu haben, als dem auserkorenen Führer einer fascistischen Schutztruppe gewisser Unternehmungskreise, denen die Angst vor dem Marxismus die ruhige Überlegung geraubt hat?

Die Korrespondenz fügt hinzu:

Auf alle diese Fragen erbitten wir präzisere Antwort. Dr. Kuhl wird im eigenen Interesse und im Interesse des von ihm vertretenen Verbandes nicht umhin können, sie mit aller Eindeutigkeit und Klarheit zu geben. Ein Sichverstecken hinter dem Industriellenverband als solchen, von dem wir wissen, daß er durchaus nicht in seiner Gesamtheit mit den Ideen und Plänen des Herrn Dr. Kuhl identifiziert sein will, nützt nichts. Hier muß Dr. Kuhl selbst Farbe bekennen.

Im Einklang mit diesen Fragen der „Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz“ steht eine Mitteilung der „Münchener Post“, nach der der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, sich dieser Tage in einem Münchener Autogeschäft einen Schnellkraftwagen für zwei Millionen Mark gekauft hat und diese Summe in wenigen Stunden in München aufbringen konnte.

Ernährungsminister und Landwirtschaft.

Dr. Luther im Reichsausschuß der Landwirtschaft.

In der gestrigen Sitzung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft ergriff der neue Reichsernährungsminister Dr. Luther das Wort. Er erklärte:

Die Vorlage betreffend die Preisfestsetzung für das dritte Sechstel der Umlage ginge heute an das Reichskabinett und würde in den nächsten Tagen erledigt sein. Ferner sollte er zu, noch vor Beginn der Frühjahrbestellung eine bindende Erklärung über die Wirtschaftreform des nächsten Jahres abzugeben. Er müsse betonen, daß man unmöglich gegen die Landwirtschaft mit dem Produktionsprogramm durchdringen könne. Aufgabe des Ministeriums sei es deshalb, einvernehmlich in der städtischen Bevölkerung die Ueberzeugung für die Notwendigkeit der Anwendung der richtigen Mittel wahrzunehmen, andererseits aber auch in der Landwirtschaft das Verständnis zu wecken, daß nicht nur auf ihre Schwierigkeiten der augenblicklichen Wirtschaftslage liegen, sondern, daß der Schwerpunkt der Not sich auf die städtische Bevölkerung gelte. Es müsse eine Brücke geschlagen werden zwischen Stadt und Land; denn die Möglichkeiten, sich ausreichend in der Stadt zu ernähren, schwinden immer mehr und mehr. Der Mittelpunkt deutscher Kultur, die Reinenempfänger und auch weite Kreise der städtischen Arbeiterschaft leben nicht nur viel bescheidener als vordem, sondern, was das allerschwerste sei, ihr Wachstum sei auf das schwerste bedroht. Es gäbe wohl Städte, in welche die theoretisch notwendige Nahrungsmenge geliefert würde, aber die Kaufkraft der abnahmeberechtigten Bevölkerung hätte so nachgelassen, daß sie auch diese geringe Menge nicht mehr aufnehmen könnte. Es müßten Wege für eine Gefühls- und Schicksalsgemeinschaft zwischen Stadt und Land gefunden werden, denn wir alle dienen ja dem gemeinsamen Vaterland.

Auf die mit großem Beifall aufgenommene Rede antwortete Freiherr v. Wangenheim mit einem Dank, daß es nun seit einer langen Zeit wieder das erstmal sei, daß die Landwirtschaft mit Vertrauen auf das Ministerium blicken könne!

Das Ruhegehalt des Reichspräsidenten. Der Haushaltsausschuß nahm einen Gesetzentwurf an, der das Ruhegehalt des Reichspräsidenten auf die Hälfte des Gehaltes festsetzt. Der Gesetzentwurf geht von dem Gedanken aus, daß auch minderbemittelte Personen zum Reichspräsidenten gewählt werden können, und daß es des Reiches unwürdig wäre, wenn das Oberhaupt des Staates nach seinem Rücktritt wirtschaftlicher Not ausgesetzt wäre.

„Schrei aus der Straße“ von Rolf Lauckner

(Theater in der Kommandantenstraße.)

Dier Elnatter von Menschen, die der Asphalt auswirft und das Schicksal verurteilt. Lauckner sieht mit Respekt und Schmerz die Vermorbenen und versucht, ein wenig in ihr Gemüt hineinzuleuchten. Entlarvt wird der Weltverbesserer, der alle schwachen Männer und Frauen ausrotten will, als ein wahnsinniger Bhanlast, vor dem sich der normale Mensch rettet. Hinter dem Bitter ihres Spittels stehen die Blinden und Jammer- und Lauchner, weil sie die Schönheit der Welt und die Köstlichkeit der Liebe und des Aufwühlens der Mondnacht verspüren, und weil sie doch nicht teilhaben können an der gewöhnlichsten Liebe. Da steigt ein mitleidiges Freudenmädchen zu ihnen über den Zaun. Sie will sich allen dreien hingeben. Man lost, der erste bringt seine Beute beiseite, doch schon stürzt der zweite herbei, um stumm und blutiger das Mädchen zu erschlagen. Der Schulmeister wird vom Keller überredet, daß er die betrunkenen Gäste befehlen soll. Der Schulmeister rafft Hunderttausende an sich. Er könnte am Fensterstrich mit seiner Beute in die Freiheit klettern. Doch er zieht den Strick als Schlinge um den Hals. Der Geistliche, der Samenträger der Zukunft, der Student, klettert auf der Straße, weil er dem Lebenstempel nicht gewöhnen ist. Ein sonderbarer Gelehrter hält ihm die Leidenrede. Lumpensammler, Diener, Hochstapler, Verbrecher gehen über die Bühne. Eine bunte Welt, Gefindel und Seelenadel.

Lauckner würde, das Bekanntheit all dieser Kuriositäten der Schöpfung genüge. Er läßt die Figuren sprechen, sie reden stundenlang, aber sie reden nur, sie denken nur an sich herum, sie sind nicht einzig mit sich selber, der Zuhörer vor der Lampe wird erst recht nicht einzig mit dem Dichter. Der Zuhörer möchte auch Begebnisse schauen, doch die kommen nicht. Es sind vier traurig abstrakte Einakter, manche Pointen fallen, manches wird hübsch kritisiert, manches bleibt im Ohere sitzen, das Ganze ist formlos hingeschrieben, ohne daß der Dramatiker sich die Mühe gibt, zu dem sehr trafen, aus Handbüchern der Irenhellkunde oder aus Kriminalberichten der Zeitentzierung genommenen Fällen irgend etwas logisch und lebendig Aufgebautes zu gestalten. Dieser Stil des redenden Bildes, das wiederum sehr unbillig ist, kam eigentlich aus der Mode. Lauckner pflegt diesen Stil noch immer. Er war nie sehr konzentriert. Er ist jetzt vollständig schief und zerflattert. Nun fragt es sich, warum solche Bizarrerien, die nicht der strömenden Dichterseele, sondern der verblenden Spekulation entstammen, trotzdem das Publikum am Wirbel nehmen? Das geschieht, weil die Zuschauer im Theater heute von den Theaterleitern neugierig betrogen werden. Wo die Schweinerei verfaßt, legt die Predigt ein, wo die Jote verlagert, muß das Quäntum sich breitmachen. Die Kunstformen werden vermisch, sie werden als verwahrloste Gebilde durcheinander gewürfelt. Romellen werden als Dramen ausgegeben. Während die jungen Schriftsteller in romantischen Ländern diese molassartige Auflösung der Kunstform schon verschmähen und die verschwommene Gestalt abschöpfen, bleiben die jungen Deutschen immer noch bei der Mode von 1918. Sie merken gar nicht, daß nicht die Selbstliebe der dramatischen Person entscheidet, nur das plastisch hingestaltete dramatische Leben

der dramatischen Person entscheidet. Das Manifest ist lächerlich, wenn es sich nicht als Schaulust einprägt. Der beste Wille wirkt als Kinderrei, wenn nur die selbstberühmten Lippen ihre Ergiebigkeit herpruden. Lauckner erfährt das Theater durch seine Beredsamkeit.

Im Theater in der Kommandantenstraße wurden diese Stücke brav, mit Empfinden, sogar mit Aufopferung gespielt. Viel junges Talent, das sich emparbeiten möchte. Doch kein Blüten einer Begabung, die zerstreut. Mag hochdorf.

Für die Volkshochschule! Folgender Aufruf geht uns zu: Im Jahre 1919 gründete die Stadtgemeinde Berlin gemeinsam mit den Arbeitnehmerorganisationen aller Schichten und Richtungen und mit der Universität, der Technischen sowie der Handelshochschule Berlin die Volkshochschule Groß-Berlin. Die Volkshochschule Groß-Berlin war der erste größere Versuch in Deutschland, die Volkshochschule auf mittelbarem, innigem Zusammenwirken der arbeitenden Schichten und der akademischen Wissenschaft aufzubauen. Stadtgemeinde, Arbeitnehmerverbände und Hochschulen sind nach jahresgemäß festgelegtem Schluß im Ausmaß und Bestand der Volkshochschule Groß-Berlin vertreten. Der wissenschaftliche Direktor wird auf Grund eines Vorschlags des Senats der Universität ernannt; die wissenschaftliche Leitung aller Lehrkräfte wird durch die Referenten der Volkshochschule an der Universität geprägt; die Leiter der wissenschaftlichen Fachabteilungen werden im Einvernehmen mit eben dieser Stelle ernannt, die auch beim Aufbau der Lehrpläne beratend mitwirkt. Es ist somit alle denkbare Gewähr für wissenschaftlichen Ernst der Arbeit, für strengste Fernhaltung von Halbwissen und Halbbildung gegeben. Die Stadt Berlin, ursprünglich alleinige Trägerin des Unternehmens, fühlt sich angeleitet ihrer eigenen Finanzlage außerstande, weiterhin die ganzen zur Fortführung der Arbeit nötigen Mittel aufzubringen. Einsteigende Einschränkungen, erhöhte Opfer der Hörerschaft, gesteigerte Selbstlosigkeit der Lehrkräfte vermögen nicht mehr den Ausfall an gemeindlicher Unterstützung auszugleichen.

Der Vorstand der Volkshochschule Groß-Berlin hat sich daher zur Gründung einer Vereinigung der Freunde der Volkshochschule Groß-Berlin entschlossen, die sich die Aufgabe stellt, der Volkshochschule Groß-Berlin durch ihre Förderung die Fortführung der Arbeit zu ermöglichen.

In den Händen aller Freunde ernstlicher und verantwortungsvoller Volkshochschularbeit, vor allem der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der Bürgerschaft Groß-Berlins, nicht zuletzt der Hörer der Volkshochschule Groß-Berlin liegt es jetzt, durch Erwerbung der Mitgliedschaft dieser Vereinigung zur Erhaltung eines für die Gesamtheit wichtigen und wertvollen Unternehmens beizutragen. — Beitrittserklärungen an: Volkshochschule Groß-Berlin, R. 7, Georgenstraße 34/36; Mitgliedsbeiträge an das Konto der Volkshochschule Groß-Berlin bei der Deutschen Bank, Depositenkasse E, Spittelmarkt, oder Postcheckkonto 73 688. Mindestbeitrag für Einzelmitglieder: halbjährlich 250 M., für Vereinigungen nach besonderer Vereinbarung.

Bösch, preussischer Staatsminister; Bösch, Oberbürgermeister; Hefter, Rektor der Universität; H. Hilferding, Mitglied des Reichswirtschaftsrats; Koester, Reichsminister a. D.; Löbe, Präsident des Reichstags; Radbruch, Reichsjustizminister a. D.

J. Sassenbach, 1. Vorsitzender der Volkshochschule Groß-Berlin; H. Schulz, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern; F. Stampfer, Chefredakteur des „Vorwärts“, u. a.

Professor Groblanus. Die seitlichen Geschichten, die früher von manchen Professoren erzählt wurden, sind keineswegs immer erfunden. Ereignen sich doch auch heute noch ähnliche Curiosa. Hält da neuerlich ein neuer Dozent nach seiner Habilitation seine Antrittsvorlesung in Gegenwart des rotalanten Dekans der Fakultät. Die Hörer bereiten dem jungen Lehrer die übliche studentische Ovation. Das brachte den Raktarier, der bisher teilnahmslos dabei-gelassen habe (als ob er schliefe), in Rage. Er rügte die Beifallsbezeugung, indem er bemerkte, es sei nicht üblich, daß bei Antrittsvorlesungen gescharrt werde. Und dann fuhr er fort: „Die Beifallsbezeugung war um so unangebrachter, als auch nicht ein einziger von Ihnen ein Wort von dem verstanden hat, was der Dozent gesagt hat.“

Ob der Herr Professor an sich selbst oder an die Vorlesungen berühmter Kollegen dachte, denen dergleichen passiert sein soll, ist nicht festzustellen. Die Hörer, die zum Teil seit Wochen mit dem Dozenten zusammenarbeiteten, hatten jedenfalls mehr davon verstanden als Herr Groblanus.

Des Clowns Ende. Daß der Zirkus ausstirbt, ist eine Trauertunde, die kürzlich durch die Zeitungen ging, und da wäre es ja begreiflich, daß mit dieser seltsamen Kindheits Erinnerung auch der Mittelpunkt seines Glanzes, der Clown, verschwindet. Doch nicht nur bei uns finden wir über das allmähliche Dahingehen des grössten Spaßmachers, sondern derselbe Jammerzug kommt aus dem eigentlichen Heimatlande des Clowns, aus England. Früher hatte der Clown bei den Briten gerade zu Weihnachten seine große Zeit; er spielte die Hauptrolle in den überaus beliebten Weihnachtspantomimen, und bei den mannigfachen Weihnachtsauf- und -umzügen durfte die lustige Person in den weiten bunten Fuderhosen, mit dem bemalten Antlitz und dem winzigen Hüchchen nicht fehlen. Bei den neuesten Weihnachtspantomimen aber vermisst man den Clown, und nicht nur die Kinder trauern ihm nach, sondern auch die Großen. „Ein Weihnachtsclown ohne Clown ist fast ebenso traurig wie ein Weihnachtsclown ohne Klumpfuß.“ schreibt Walter R. Golligan in einem Londoner Blatt. „Der Clown ist das Sinnbild und die Verkörperung aller frühlichen Geister der Jetztzeit. Er kann die Grausamkeiten dazu bringen, daß sie sich die Seiten halten, und kann die Kinder in Entzücken versetzen. Ein guter Clown ist ein großer Nationalsozialist, ist ein unerfessliches Heilmittel gegen die Traurigkeit unserer Zeit. Ich glaube nicht, wie man sagt, daß die Jugend von heute „der Herbstkinder überdrüssig“ ist. Kinder wie Großen lieben noch immer diesen unheimlichen Spaß, dieses große Glächter, das aus der Vergangenheit zu uns noch herüberhallt, wie es sich in der ewigen Figur des Clowns offenbart. Laßt uns darum den Clown wieder zum Leben erwecken und mit ihm und durch ihn fröhlich sein!“

Im Theater L. d. Königsgrüner Straße findet nach sechsmonatiger Vorbereitung am 23. Dez. die Premiere „Saponaria“, 10 Szenen nach Schiller, statt. Das Theater bleibt wegen des Umbaus der Bühne vom Sonntag, den 18. Dez. geschlossen.

Vom Theaterherden. Sicher ist eine Bühne ein Opfer der Zeit geworden. Die Münchener Schaubühne ist seit am 1. Januar 1923 auf.

Gefährdung des Tuberkulosegesetzes.

Die einen erheblichen Fortschritt in der Tuberkulosebekämpfung bedeutenden Abänderungsanträge des Ausschusses zum Gesetz betr. Bekämpfung der Tuberkulose, über die wir letzterzeit eingehend berichteten, haben die Zustimmung der Regierung nicht gefunden, weil sie Geld kosten. Der Regierungsentwurf verursacht nämlich so gut wie gar keine Kosten, freilich ist er auch für die praktische Bekämpfung der Tuberkulose nahezu bedeutungslos, weil er sich auf die rein statistische Erfassung Erkrankter beschränkt. Die finanziellen Räte werden besonders vom Finanzminister ins Treffen geführt, um die ablehnende Haltung der Regierung zu rechtfertigen. Sogar die Wahrscheinlichkeit, außenpolitische Schwierigkeiten mußte als Grund herhalten, gerade als ob die Verwendung von Staatsmitteln zur Bekämpfung der schlimmsten Volkspein ein finanzpolitischer Erfolg wäre.

Es muß anerkannt werden, daß das Zentrum sich durch das schwere Geschwäg der Regierung nicht ins Bodshorn jagen ließ, sondern an den Ausschuhträgen festhielt. Der Abgeordnete Schmedding wies darauf hin, daß in keinem Lande die Tuberkulose gegenwärtig so stark verbreitet sei, wie in Deutschland. Die noch gesunde Umwelt vor der Verfechtung mit Tuberkulose zu schützen, sei deshalb dringende Pflicht des Staates.

Genosse Dr. Wenl vertiefte sich bei seiner Verteidigung der Ausschuhträge auf einen Erlaß des Wahlrechtsministers, der Richtlinien für die zurzeit notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose gab und u. a. die Abänderung der Krankenforderte, die gerade unsere Anträge ja erleichtern wollten. Wenn die Bedenken des Finanzministers maßgebend wären, dann dürfe der Staat überhaupt nichts mehr unternehmen zur Hebung der Volksgesundheit. Das wäre aber verfehlt, da das zur Tuberkulosebekämpfung verwendete Geld des Staates reiche Zinsen tragen würde. Es würde zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Volkes dienen, das mit der Wiederherstellung befreit sei. Gerade auch im außenpolitischen Interesse müßten solche Aufwendungen von außer Wirkung sein.

Genosse Bräuner verwies eindringlich auf die tatsächliche Unmöglichkeit, daß unbemittelte Tuberkulose aus eigenen Mitteln ihre Krankheit zu bekämpfen vermöchten. Ihre Heilung gehe deshalb zu den Ausgaben des Staates. Das Ausland, das Deutschland viele Mittel zur Bekämpfung der physischen Vererbung besonders der Kinder zur Verfügung gestellt habe, werde ganz gewiß nichts dagegen haben, wenn wir uns selbst um unsere Tuberkulosen bemühen.

Die rasche Erledigung des Tuberkulosegesetzes wurde vereitelt durch Annahme des volksparteilichen Antrages, die Weiterberatung auszuheben, bis im § 82 des im Reichstage zur Beratung stehenden Landessteuergesetzes entschieden sei, inwieweit das Reich Mittel bereitstellt, wenn es den Ländern oder den Gemeindeverbänden und Gemeinden neue Aufgaben zuweist. Die Regierung wird nun bis zum Wiederbeginn der Landtagsverhandlungen im Sommer Zeit haben, sich noch einmal reichlich zu überlegen, ob es ratsam ist, über die Ausschuhträge hinauszugehen, ein Gesetz in Kraft treten zu lassen, das lediglich die Opfer der Profitiererklassen in einer Kariboholseife fäuliger registriert, ohne dem Würdeengel Tuberkulose seine Beute ernstlich streitig zu machen und die noch Gesunden vor ihm zu schützen.

Das Arbeitszeitaesetz.

Die Arbeiter hatten bei der Beratung des Arbeitszeitaesetzes den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat die Mehrheit und müßten sie schließlich aus, um alle ihnen wünschenswerten Verschärfungen des Gesetzes für die Arbeiter durchzusetzen. Auf der einen erheblichen Erweiterung der Umstände unter denen den Arbeitsherrvertretern eine Verlängerung der Arbeitszeit geboten erscheint, forderten sie zwanngsläßige Bestimmungen in den Tarifverträgen über die Zulässigkeit und den Umfang der zu leistenden Überarbeit. Diese Bestimmungen in den Tarifverträgen müßten der Gesamtsituation des Landes, der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, sowie allen Anforderungen des Betriebes angeschlossen sein. Die Tarifverträge sollen weitere Bestimmungen enthalten über die Arbeitszeit solcher Arbeiter, bei denen regelmäßige und in erheblichem Umfang „hohe Arbeitsbereitschaft“ vorliegt. Bei außerordentlicher Häufung der Arbeit und in Gewerben, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, soll nach einem weiteren Arbeitsherrantrag mangels tariflicher Vereinbarung auf Antrag des Arbeitsherrn eine von der gesetzlichen abweichende Arbeitszeit an 60 Tagen im Jahr durch den Gewerbe- oder Bergaufsichtsbeamten widerruflich zugelassen werden. Die Stellen der Regelungsvorgabe, die den Arbeitsminister unter gewissen Umständen zur Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit ermächtigen, und die im Ausschuh geforderten wurden, wollen die Arbeiter wiederherstellen.

Im Laufe der Debatte erklärten die Arbeitsherrvertreter, daß sie weder zur Arbeitsherrschaft noch zu den freien Tarifverträgen das Vertrauen hätten, daß sie sich freiwillig in die erforderliche Mehrarbeit fügen würden, und daß sie deshalb auf gesetzliche Festsetzung der Fälle bestehen müßten, in denen diese Mehrarbeit geleistet werden müsse.

Das Vertrauen der Arbeiter gegen die Arbeitgeber ist in dieser Beziehung nicht nur stärker, sondern nach dem ganzen Verlauf der Verhandlungen auch weit mehr berechtigt. Ihre Vertreter erklärten, daß die Arbeiter bereit seien, auf Grund freier Vereinbarung von Fall zu Fall Mehrarbeit zu leisten, doch könne die Festsetzung der Mehrheitsfälle nicht von dem Gutdünken der Arbeitgeber abhängen.

Der frühere Reichsminister Genosse Wissell protestierte gegen die Darstellung, als ob der Rückgang der Produktion die Folge des Achtstundentages sei. Wenn sich die Produktionskosten der deutschen Industrie trotz der im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen billigen Löhne und Kosten nicht als konkurrenzfähig erwiesen, liege die Schuld nicht an dem Achtstundentag, sondern an technisch-organisatorischen Mängeln.

Die Anträge der Unternehmer wurden, wie gesagt, durchweg angenommen. So wurde auch die Bestimmung getroffen, daß für die Überstunden ein Lohnzuschlag von 25 Proz. zu zahlen sei.

Auch der Paragraph über die Einsetzung eines Schiedsgerichts in besonderen Fällen verfiel der Streichung, ebenso die Bestimmung über das Aufsichtrecht der Gewerbe- und Bergaufsichtsbeamten gemeinsam mit der Betriebsverteilung. Für das Bau- und Bauhandwerk wurde die Arbeitszeit — vorbehaltlich notwendiger Überstunden — für acht Monate des Jahres auf täglich neun Stunden festgesetzt. Der Antrag von Dr. Hende, die Nachtarbeit jugendlicher bis zu 18 Jahren im Bergbau, Eisen- und Stahlwerken, Glashütten, Papierfabriken und Rohzuckerfabriken ab 1. Januar 1923, in den anderen Gewerben ab 1. Januar 1925 zu verbieten, wurde prompt abgelehnt.

Damit war die Beratung des Arbeitszeitaesetzes für gewerbliche Arbeiter im Reichswirtschaftsrat erledigt. In der Gesamtabstimmung wurde dem Entwurf mit den beschlossenen Verschärfungen gegen eine große Mehrheit zugestimmt.

Die deutsche Arbeitsherrschaft, aus deren Haut diese Profitriemen von den Unternehmern geschneitten werden sollen, wird bei der endgültigen Fassung des Arbeitszeitaesetzes, das nach diesen Beschlüssen nicht der vernünftigen Regelung, sondern der beliebigen Verlängerung der Arbeitszeit, der Beseitigung des Achtstundentages dienen soll, noch ein Wort mitzureden haben.

Dauerfixierung des Reichstags.

Der Reichstag erledigte gestern, Freitag, in einer Dauerfixierung eine Reihe von kleineren Vorlagen.

Die neue Reichshaushaltsordnung wurde bei starker Befehung des Hauses mit verfassungändernder Mehrheit angenommen. Beim

Abänderungsgezet zur Zwangsanleihe

wies Genosse Eduard Bernstein die ganze Unzulänglichkeit der Vorlage nach. Das ursprüngliche Gesetz habe 70 Milliarden Papiermarkt Ertrag vorsehen. Wenn jetzt dieser Betrag verdoppelt werde, so entspreche das keineswegs der Geldentwertung. Vielmehr müßte, wenn man den Dollarstand in Betracht ziehe, die Zwangsanleihe 1600 Papiermillarden einbringen oder, wenn man den Goldpreis der Reichsbank annähme, 1000 Papiermillarden. Bernstein begründete eine Entschliehung, von der Reichsregierung zu verlangen, daß die für die Zwangsanleihe geltenden Bewertungsvorschriften der Geldentwertung und der außerordentlichen Steigerung der Preise entsprechend geändert werden. Unser Redner warnte die Reichsregierung und die bürgerlichen Parteien unter Hinweis auf die Stimmung im Lande ernstlich, die sozialdemokratischen Mahnungen in den Wind zu schlagen. — Der Demokrat Fischer sprach für einen Antrag der Demokraten, der Deutschen Bp., der Bayer. Bp. und der Deutschnationalen, denjenigen Zeichnern, die rechtzeitig ihre Beiträge eingezahlt haben, den einzeholten Betrag höher anzurechnen. Dieser Antrag, der eine Prämie für diejenigen bedeutet, die doch nichts anderes getan haben, als ihre gesetzliche Pflicht zu erfüllen, wurde von den drei sozialistischen Parteien und vom Zentrum niedergestimmt. Wieder einmal zeigte sich bei dieser Gelegenheit die völlige kapitalistische Gemeinschaft der Demokraten mit der Deutschen Volkspartei. Nachdem die sozialdemokratische Entschliehung abgelehnt war und die Sozialdemokraten gegen die Verschlechterungsanträge gestimmt hatten, wurde die Vorlage in zweiter Lesung angenommen.

Haushaltsberatung des Auswärtigen Amtes

brachte der Kommunist Frälich erneut die falsche Behauptung auf, daß die Sozialdemokratie sich den guten Beziehungen zur russischen Sowjetregierung widersetze. Abg. Breitscheid (Soz.) fertigte dieses Gerücht kurz, aber gründlich ab; unsere Partei widerstrebe keineswegs der Verständigung mit Rußland, jedoch hätten wir noch stärkere Rücksichten auf die Entente zu nehmen, mit der wir uns über die Reparationsverpflichtungen zu einigen hätten. Es sei auch nicht wahr, daß er (Breitscheid) jemals gegen den Vertrag von Rapallo gesprochen hätte, nur der Zeitpunkt des Abschlusses in Genue schiene ihm wenig glücklich zu sein. — Bei dem

Haushalt des Reichsernährungsministeriums

betonte Dr. Heim (Bayer. Bp.), daß man bei der Notlage im Lande das Brotgetreide unmöglich voll der freien Preisbildung überlassen dürfe. Er bezeichnete im übrigen die Agitation des Reichsländebundes als gemeingefährlich. — Genosse Georg Schmidt erklärte, daß unsere Partei sich nicht veranlaßt sehe, dem neuen Reichsernährungsminister ohne weiteres mit Mißtrauen entgegenzutreten. Seine Lötter würden entschieden. Unser Redner verlangte eine Abänderung der Verordnung über Markenbrot, so daß alle eingetragenen Bedürfnissen auch wirklich des Markenbrotteilhaftig würden. — Des neuen Ernährungsministers Dr. Luther Jungferrede bewegte sich zunächst nur in Allgemeinheiten. Er verweist auf die im Januar bevorstehende Interpellationsdebatte, wo er sein Programm entwickeln würde. Anzweihlen kündigte er die zu Beginn des Jahres in Aussicht stehende neue Brotpreiserhöhung an und erklärte, es schwebten Verhandlungen, daß die Einkommensverhältnisse dieser Brotpreiserhöhung angepaßt würden. Er schloß mit einer Aufforderung an die Landwirte, sich ihrer besonderen Pflicht der Lebensgemeinschaft des Volkes bewußt zu sein.

Erledigt wurden außer diesen Etats noch eine Anzahl anderer, auch der 631,5-Milliarden-Rachtrag für die Ausführung des Friedensvertrages.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr: U. a. deutschnationaler Antrag auf Konzessionspflicht des Ankaufs von Edelmetallen.

Erhöhung der Rentenbezüge.

Der Haushaltsausschuh des Reichstages beschäftigte sich am Freitag u. a. mit der weiteren Erhöhung der Unterstützung für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Der § 2 des Gesetzes über Notstandsmassnahmen und der Verordnung über die Erhöhung der Unterstützung für Rentenempfänger erhielt folgende Fassung: „Die Unterstützung ist in der Invalidenversicherung nach den Umständen und im Höchstbetrage so zu bemessen, daß das Gesamtjahres Einkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 43 200 M., einer Witwen- oder Waiwerrrente den Betrag von 34 200 M., einer Waisenrente den Betrag von 19 200 M. erreicht. Entsprechende Unterstützungen sind an Empfänger von Ruhegeld oder Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung zu gewähren, an Witwen jedoch nur, wenn sie Invalide im Sinne der Invalidenversicherung sind. Es folgen dann noch Bestimmungen für den Fall, daß der Empfänger Kinder unter 15 Jahren hat u. a.“

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Die Ill. meidet: Wie zuverlässig mitgeteilt wird, beträgt die Gesamteinkommensaufbesserung der Beamten gegenüber Ende November nicht 44 Proz., wie zuerst angegeben, sondern 64,7 Proz.

Bayerische Justiz.

Freispruch durch das Schwurgericht.

München, 15. Dezember. (WZ.) Bei der ersten Verhandlung, die in Bayern auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten und auf Grund des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik stattfand, wurde heute von dem Schwurgericht in München der verantwortliche schriftsteller des Wiesbacher Anzeigers, Maxtin Weger, von der Anklage, durch einen Artikel am 27. Juni und durch ein in einer späteren Nummer veröffentlichtes Gedicht die Reichsfarben beschimpft zu haben, nach Anhörung von Sachverständigen auf Grund des Spruches der Geschworenen freigesprochen.

Sie stellen sich um. Unter dem Vorsitz des ehemaligen Großherzogs von Didenburg fand kürzlich in den Räumen der Deutschen Länderbank die Generalversammlung der Deutschen Waldindustrie A.-G. statt, die den Antrag der Verwaltung, das Aktienkapital um 5 Millionen Verzugssaktien und 25 Millionen Stammaktien zu erhöhen, zum Beschluß erhob. Die einen schreiben Memoiren, die andern werden Aufsichtsräte. Deutschland wird allmählich doch republikanisch!

Buchbinder!

Wählt heute die mit dem Namen Peter Kaspar beginnende Liste! Wahlzeit von 1 bis 6 Uhr. Wahlbeteiligung ist Pflicht!

Wirtschaft

Von den Metallmärkten

Entsprechend den verhältnismäßig geringen Kurschwankungen der ausländischen Devisen an den deutschen Börsen waren auch die Preisschwankungen für Metall in letzter Zeit von geringererem Ausmaß. Das Geschäft war nicht sehr bedeutend, ließ aber immerhin noch auf einigen Bedarf der Verbraucher schließen. Die Verbraucher legen sich angesichts der Ungewißheit der wirtschaftlichen Zukunft starke Zurückhaltung auf und kaufen nur das, was sie unbedingt brauchen. Auf der anderen Seite besteht aber auch bei den Produzenten keine starke Abgabeneigung. Von der Weltmarktlage ist zu berichten:

Der stärksten Nachfrage von allen Metallen begegnet Kupfer. Andererseits ist hier auch die Produktion in aufsteigender Linie, besonders seitdem Japan mit bedeutenden Mengen in den Kreis der produzierenden Länder eingetreten ist.

Für Zinn zeigte sich in der englischen Industrie Bedarf. Bei Blei ist die Nachfrage größer als das Angebot. Aber hier kann dadurch sehr leicht eine Verschiebung eintreten, daß Mexiko mit erheblichen Mengen austreten wird. Man geht in Sachverständigenkreisen so weit, Mexiko als das Hauptproduktionsland der Zukunft für Blei zu betrachten. Die „American Smelting and Refining Company“ hat ihre Anlagen in diesem Lande wieder in Betrieb gesetzt. Die nordamerikanische Produktion ist verhältnismäßig gering. Man führt dies auf Arbeitermangel zurück.

In Zink ist eine Steigerung der Produktion und ein Rückgang der Preise am Weltmarkt zu konstatieren. Die Preisrückgänge wären noch größer, wenn nicht die Nachfrage nach Zinkblechen sehr stark wäre. Infolgedessen bestand vorübergehend erhebliche Nachfrage nach diesem Metall, aber die Preise schnellten dann auch derart in die Höhe, daß die Industrie ihre Käufe einstellte, worauf der erwähnte Preisrückgang eintrat. In Deutschland ist vor allem das Abbrechen des Zinksyndikats zu erwähnen. Das Syndikat droht auseinanderzufallen, besonders seitdem der Teil Oberschlesens, der als das Hauptproduktionsgebiet von Zink zu bezeichnen ist, dem Deutschen Reich verloren ging.

Die Preisbewegungen am deutschen Markt werden durch die nachfolgende Tabelle veranschaulicht:

100 kg	30.12.10	30.12.11	30.6.22	17.11.22	15.12.22
Elektrolyt-Kupfer	2268	5 838	11 884	206 822	287 000
Original-Hüttenblei	880	2 000	4 050	78 000	82 500—85 000
Original-Rohzink (freier Verkehr)	805	2 100	4 550	100 000	182 500—187 500
Hüttenzinn, mindestens 99%	6275	18 850	24 850	530 000	595 000—605 000

Die Preise sind also noch wesentlich höher als um Mitte vorigen Monats, haben aber bereits unter Einwirkung der letzten Marktbesserung sich etwas gegen die Höchstnotierungen erniedrigt. So ging Elektrolytkupfer von vorgestern, wo es noch 2484 M. je Kilogramm notierte, auf 2376 gestern zurück.

Eine Kohleanleihe. Zu der Frage der werbeständigen Anleihe, die zu lösen bekanntlich das Reichsbankdirektorium sich außerstande erklärt hat, liefert jetzt auch der Freistaat Baden einen interessanten Beitrag. Er gibt jetzt eine Kohleanleihe aus für ein vom Baden-Staate aufzunehmendes Darlehen. Die Anleihestücke laufen hier insgesamt auf 1,1 Millionen Tonnen westfälischer Fettschlammkohle IV. Bergbauart (5 Proz.) und Tilgung erfolgt nach dem jeweiligen Stande des Kohlenpreises. — Uebrigens sind jetzt auch die Roggenrentenbriefe der Roggenrentenbank, die auf 1,5 und 10 Zentner Roggen laufen, zur Zeichnung aufgelaufen. Der Zeichnungspreis beträgt 10 000 M. je Zentner Roggen, während der Marktpreis für Roggen auf 13 300 M. steht. Dadurch erhalten die Anleihezeichner einen besonderen Vorteil außer der Wertbeständigkeit der Anleihe.

Die deutschen Anilingesellschaften. Anlässlich des großen Streiks in der Badischen Anilin- und Sodafabrik (Ludwigshafen a. Rhein) ist es interessant, sich den finanziellen Zustand dieser Riesenunternehmung zu vergegenwärtigen. Sie bildet einen Teil der sogenannten „Interessengemeinschaft der Anilingruppe“, welche der Träger eines tatsächlichen Monopols auf dem deutschen chemischen Markte ist. Die Gewinne der Interessengemeinschaft verteilen sich auf sieben Anilingesellschaften, und zwar erhalten je ein Viertel der Gewinne die drei Riesenwerke (Badische Anilin-, Höchstwerke, Farbwerke Bayer W.-G.), der Rest fällt den kleineren (Lsga. in Treptow, Wiesheim, Weiler, Cassella) zu. Das nominale Grundkapital aller sieben Gesellschaften beträgt heute 3 1/2 Milliarden Mark Stammaktien und 220 Millionen Verzugssaktien; rechnet man noch die vorhandenen Obligationenschulden dazu, so ergibt sich die Gesamtsumme von vier Milliarden Nominal. Diese Papiermillardenziffer ist allerdings größtenteils der Geldentwertung sowie der bewussten „Kapitalverwässerung“ zuzuschreiben; andererseits steht aber der Nominalwert tief unter dem Kurswert (Kurs steht heute etwa 10 000 Proz.), der die in den Unternehmungen stehenden Goldwerte zu berücksichtigen strebt. Auf die Badischen Anilinerente entfällt ein Viertel des Gesamtkapitals der Interessengemeinschaft. Die Dividenden haben im Jahre 1920: 20 Proz., im Jahre 1921: 30 Proz. betragen; in Anbetracht der raschen Geldentwertung sind diese Sätze nicht sehr hoch, das wirkliche Einkommen der Aktionäre wird vielmehr durch ihre Vorräte beim Kauf der Neu-Aktien (zu den nominalen statt zum Kurswert) durch die sog. Bezugsrechte bedingt; auf diese Weise haben die Aktionäre bei der jüngsten Kapitalverdoppelung im September d. J. ein Geschenk von über 1 000 Prozent des Aktienwertes bekommen. Dem guten Geschäftsgang hat es die W.-G. zu verdanken, daß sie ihren Kapitalbedarf bisher mit großer Leichtigkeit decken konnte; so z. B. nach der Oppauer Katastrophe im vorigen Monat. Der gute Geschäftsgang aber war — bei abnehmender Kaufkraft im Inland — immer mehr der Salutation junctur zu verdanken.

Einschränkung der Redar-Kreditierung. Die Baukosten für die Staustufen sind infolge der Geldentwertung seit Roemer 1921 von 620 Millionen Mark auf über 26 Milliarden Mark gestiegen. Deshalb muß das ursprüngliche Bauprogramm stark gekürzt werden. An je einer großen besonders ertragreichen Staustufe sollen die Bauarbeiten beschleunigt weitergeführt, in den übrigen Stufen jedoch eingeschränkt und gegebenenfalls ganz eingestellt werden. Wegen weiterer Finanzierung sind sowohl im Inland als im Ausland, das neuerdings besonderes Interesse an den Tag legt, Schritte eingeleitet worden.

Der Preisabbau in Deutschschlesien. Der Index der Warenpreise für den verflochtenen Monat ging um 3 Proz. zurück.

Deulenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 184,53 Geld, 185,47 Brief; 1 japanischer Yen 3541,12 Geld, 3558,88 Brief; 1 brasilianischer Milreis 847,87 Geld, 852,13 Brief; 100 österreichische Kronen abgelt. 10,59 1/2 Geld, 10,65 1/2 Brief; 1 tschechische Krone 222,94 Geld, 224,06 Brief; 1 ungarische Krone 3,09 Geld, 3,11 Brief; 1 bulgarischer Lwa 56,13 Geld, 56,65 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 81,29 Geld, 81,71 Brief. 100 Polenmark gelten im freien Verkehr etwa 41 M.

Buchhandlung Vorwärts / Lindenstraße 2 / Laden
MORGEN, SONNTAG, von 1-5 Uhr nachmittags geöffnet ≈ Reiches Lager von guten und billigen Geschenkwerken

Gewerkschaftsbewegung

„Schändlicher Verrat“

Die kommunistischen Drahtzieher, die durch ihre sinnlose „Aktion“ in Ludwigschafen-Oppart zehntausende Arbeiter samt ihren Familien wochen- und monatelangem Elend überantwortet haben, stehen am Donnerstag in Berliner Versammlungen Resolutionen annehmen, worin im Hinblick auf das Unheil, das sie in der Rheinpfalz angerichtet haben, von den Führern der USPD und des ADGB. geherbert wird, von ihrem schändlichen Verrat abzulassen.

Die U.-Meldung, daß die Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik zu einer Annäherung geführt hätten, kommentiert die „Rote Fahne“ mit dem Hinweis auf „die Gefahr, daß sich Gewerkschaftsführer und Unternehmer auf eine gemeinsame Aufforderung zur Arbeitswiederaufnahme einigen werden“.

Dabei wären auch die kommunistischen Streikführer in Ludwigschafen beifroh, wenn ihr Streik nach der dreiwöchigen Dauer bald ein einigermaßen erträgliches Ende fände. Denn trotz der wahlrischen Geldsammlungen der Kommunisten sind die Streikenden in bitterer Not. Wer sie so schändlich verraten hat, das sind die kommunistischen Streikheben.

Neunständige Arbeitszeit in Leberkufen?

Die kommunistische Presse verbreitete die Mitteilung, daß auf den Farbwerken in Leberkufen die neunständige Arbeitszeit eingeführt sei. In der kommunistischen Agitation wurde diese Mitteilung gehörig ausgeschlachtet und zur nachträglichen Rechtfertigung des Anlinstreiks in Ludwigschafen benutzt. Wie steht's nun damit? Die Zahlstelle Duisburg des Fabrikarbeiterverbandes gibt darüber folgenden Aufschluß:

„Die Farbwerke in Leberkufen haben einen größeren ausländischen Auftrag in Qualitätsfarben erhalten, die im Ausland nicht herzustellen sind. Um die Farben schnell liefern zu können, müssen eine Anzahl Maschinen neu aufgestellt werden. Mit diesen Arbeiten ist begonnen worden. Es geht jedoch an geübten Arbeitkräften, damit die Aufstellung schnell vorangeht. Die Bemühungen, bei den Arbeitsnachweisen in Köln und Düsseldorf Arbeitskräfte zu erhalten, waren erfolglos. Damit nun keine Betriebsstörungen und dadurch Arbeitslosigkeit der Betriebsarbeiter eintreten sollen, ist nach Rücksprache mit den Organisationen der Handwerker gestattet worden, vorübergehend (bis zur Fertigstellung der Maschinen) eine Ueberstunde täglich zu leisten. Die Arbeiten sollen bis zu Neujahr erledigt sein und dann tritt die normale achtstündige Arbeitszeit wieder in Kraft. Die Betriebsarbeiter sind von dieser Ueberarbeit nicht betroffen und arbeiten nach wie vor in drei Schichten zu je acht Stunden.“

Damit ist auch der Vorwurf gegen den Regierungspräsidenten Genossen Grünher in Düsseldorf hinfällig, der in einem Bericht aus Wiesdorf im Solinger „Volksblatt“ gegen ihn erhoben wurde, weil er zu dieser notwendigen Ausnahme seine Zustimmung gegeben hat.

Die Dezemberlöhne der Gemeindearbeiter.

In einer vom Lohnrat für die Gemeindebetriebe Berlins einberufenen Funktionärerversammlung am Donnerstag in den „Andros-Kesseln“ wurde von Polenske über das Resultat der mit dem Magistrat gepflogenen Lohnverhandlungen folgendes berichtet: Für Dezember sind Zulagen auf die Novemberlöhne erreicht worden, die den verheirateten ungelerten Arbeitern mit einem Kinde in der ersten Hälfte dieses Monats eine Erhöhung von 58,60 Mark und in der zweiten Hälfte von 100,40 Mark bringen; den ungelerten 56 Mark bzw. 102 Mark und den Handwerker 58 Mark bzw. 106 Mark. Es sollen demnach ab 1. bis 15. Dezember erhalten: Ungelernte Arbeiter (über 24 Jahre) 229 Mark, angelernte 234 Mark und Handwerker 244 Mark. Ab 16. bis 31. Dezember 274 bzw. 290 und 292 Mark. (Für jüngere Arbeiter im Alter von 18 bis 24 Jahren sind geringere Sätze vorgesehen.) Jugendliche und Rindererwerbsfähige im Alter von 14 bis 17 Jahren 60 bzw. 82 bzw. 92 bzw. 110 bzw. 143 und 137 bzw. 164 Mark. Rindererwerbsfähige über 18 bis 21 Jahre 156 bzw. 186, über 21 bis 24 Jahre 210 und über 24 Jahre 218 bzw. 219 Mark.

Ungelernte Arbeiterinnen (über 24 Jahre) 160 bzw. 192, angelernte 163 bzw. 196 und qualifizierte 171 bzw. 205 Mark. (Jüngere von 18 bis 24 Jahren erhalten etwas geringere Lohnsätze.) Jugendliche Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 17 Jahren erhalten 48 bzw. 58 bzw. 64 bzw. 77 bzw. 83 bzw. 100 und 96 bzw. 115 Mark. Rindererwerbsfähige über 18 bis 21 Jahre erhalten 109 bzw. 130, über 21 bis 24 Jahre 123 bzw. 147 und über 24 Jahre 128 bzw. 153 Mark.

Die Frauenbeihilfe ist auf 15 und die Kinderbeihilfe auf 20 Mark pro Stunde festgesetzt. — Schwerarbeiter erhalten eine Zulage von 10 Pf. (in Worten zehn Pfennig) je Stunde.

Zuletzt wurde eine Entschädigung angenommen, nach der die Funktionärerversammlung des Lohnratells das Ergebnis der Verhandlungen zur Kenntnis genommen, dieses aber als völlig unzu-

reichend befunden hat, weil es bis zu 35 Proz. unter dem Existenzminimum bleibe. Die Versammlung verpflichtet das Lohnratell, umgehend an den Magistrat und die Spitzenverbände heranzutreten, um schnellstens einen Ausgleich gegenüber der Teuerung herbeizuführen.

Genosse Sassenbach Sekretär des IGB.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam hat als dritten Sekretär einstimmig den Genossen Sassenbach gewählt, der fortan mit den Sekretären Dudgeest und Fimmen zusammen wirken wird. So sehr erwünscht auch für die deutschen Gewerkschaften die Tätigkeit Sassenbachs im internationalen Gewerkschaftssekretariat ist, ist sein Wegzug aus Berlin dennoch zu bedauern. Insbesondere die gefühlvolle Neuregelung des Lehrlingswesens in Deutschland verliert damit ihren sachkundigsten und eifrigsten Förderer.

Die neuen Staatsarbeiterlöhne schon überholt.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes nahm gestern zu dem Ergebnis der Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter Stellung. Die neuen Bezüge entsprechen nicht den berechtigten Erwartungen der Bediensteten und sind durch die sprunghaft gestiegene Teuerung weit überholt. Aus allen Bezirken des Reiches laufen Telegramme und Zuschriften ein, die auf die durch die fortschreitende Verschlechterung der Lebenshaltung und steigende Unzufriedenheit der Eisenbahnbediensteten hinweisen. Der Verbandsvorstand wird sich entsprechend den Verhältnissen weiterhin mit der Angelegenheit befassen und erwartet von den Verbandsmitgliedern, daß sie keinerlei Aktionen ohne seine Zustimmung unternehmen.

Der kommunistische Hüter des Achtstundentages.

Von der Kölner Geschäftsstelle des Verbandes der Maschinen- und Feiler wurde das Mitglied Theodor Gans aus der Organisation ausgeschloffen, weil er eine recht eigentümliche Auffassung vom Achtstundentag hegte. Er war Kandidat zum kommunistischen Betriebsrätekongress und hat dort sicherlich mit den dort versammelten Kommunisten in das Geschrei eingestimmt, daß die „Gewerkschaftsbongens“ und „Stimmsozialisten“ offen und geheim für eine Verlängerung der Arbeitszeit und gegen den gesetzlichen Achtstundentag wirken. Wie aber dieser kommunistische Rüsternabe den Achtstundentag selbst aufschob, geht aus folgender Aufstellung seiner Stundenleistung in den einzelnen Lohnperioden von Juli bis jetzt hervor:

Stunden	Ueberstunden	Stunden	Ueberstunden
157	61	161	65
192	86	171	75
218	129	71	23
142	48	105	57
221	125	140	92

In 17 Arbeitswochen zu je 48 Stunden, — 816 Stunden hat der gute Mann 700 Ueberstunden, im Durchschnitt allwöchentlich 41 Ueberstunden gemacht, also anstatt acht Stunden fast vierzehn Stunden täglich gearbeitet.

Bemerkte man noch werden, daß Gans Baudelegierter war und als solcher ohne weiteres vorbildlich in puncto Ueberstunden hätte wirken müssen. In dem Schiedsgericht, das sich mit seinem Ausschluß zu befassen hatte, suchte Gans auf Grund von Lohnlisten zu beweisen, daß er nur 48 Stunden die Woche gearbeitet habe. Als man der Sache auf den Grund ging, stellte es sich heraus, daß Gans zwei Lohnlisten empfangen hatte, eine mit den normalen Arbeitsstunden und eine mit den Ueberstunden. Die kommunistischen Beisitzer in dem betreffenden Schiedsgericht stimmten gegen den Ausschluß ihres Parteigenossen aus der Organisation, womit auch sie der Meinung Ausdruck gaben, daß ein kommunistischer Rüsternabe den Achtstundentag nach der Methode des Gans zu schützen habe. Das Ueberstundenschieben wird augenscheinlich mehr und mehr zur Spezialität der Kommunisten.

Die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder.

Von den 49 dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden Verbänden haben 39 weibliche Mitglieder. Die Verbände der Aiphalteure, Bauarbeiter, Buchdrucker, Tischler, Feuerwehrlente, Kupferknechte, Polierer, Schiffszimmerer, Schornsteinfeger und Steinleger haben nur männliche Mitglieder. In den übrigen Verbänden ist die Zahl der weiblichen Mitglieder von Ende Juni bis Ende September 1922 von 1 694 598 auf 1 768 676, mithin um 58 978 gestiegen, während die Zahl der männlichen Mitglieder im gleichen Zeitraum um 97 411 stieg. Da die Zahl der weiblichen Mitglieder 21,55 vom Hundert der Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder beträgt, ist sie an der Gesamtzunahme der Mitglieder prozentual härter beteiligt als die der männlichen Mitglieder. Die Feilhaber zählten nahezu 500 000 weibliche Mitglieder (494 784), dann folgen die Fabrikarbeiter mit 214 000, die Metallarbeiter mit 195 584, die Landarbeiter mit 149 311 und die Tabakarbeiter mit 105 584 weiblichen Mitgliedern. Sechs weitere Verbände zählen über 50 000 bis 100 000 weibliche Mitglieder, acht über 10 000 bis 50 000, zehn über 1 000 bis 10 000, sieben über 100 bis 1 000 und drei weniger als 100 weibliche Mitglieder. Die

Zunahme der weiblichen Mitglieder im 3. Quartal war am stärksten bei den Buchbindern, Fabrikarbeitern, Glasarbeitern, Holzarbeitern und Textilarbeitern.

Verbindlich erklärter Schiedsspruch. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 27. November, welcher die Löhne der Angestellten in den Geschäfts- und Industriebetrieben für den Monat Dezember 1922 neu regelt, ist am 11. Dezember 1922 für den Bereich Groß-Berlin verbindlich erklärt worden. Die vom Herrn Oberpräsidenten ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung ist gedruckt vom Sonnabend, den 16. d. M., ab im Bureau, Bayreuther Straße 31, oder bei den Funktionären zu haben.

Neue Löhne der Transportarbeiter im Buchhandel und Papier- und Pappengroßhandel. Durch direkte Verhandlung mit den Arbeitgeberverbänden sind die Dezemberlöhne der Transportarbeiter festgesetzt worden. Abschriften der Tarifverträge sind gegen Mitgliedsausweis beim Transportarbeiterverband, Engelauer 24/25, II, Zimmer 31, in Empfang zu nehmen.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen wird in den Versammlungen am Montag berichtet.

Die Schweizer Buchdrucker, die seit dem 11. November im Streik standen, haben gestern die Arbeit wieder aufgenommen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 13. Verwaltungsbereich (Tempelhof, Marienfeld und Eichenstraße). Heute 7½ Uhr im Reichshaus, Marienhof, Kurfürstentor, Bezirksversammlung. Erscheinen sämtlicher Parteimitglieder und Kollegen ist notwendig. — Der Bezirksleiter.

Fractionsleiter, Obste, Betriebsräte! Wichtiges Agitationsmaterial (Aushäuter und Broschüren) kann sofort im Bureau, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., kostenlos in Empfang genommen werden. Für Großbetriebe empfiehlt sich vorheriger Telefonanruf (Dönhofs 288). Betriebssekretariat.

Gläser. Montag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Bericht der Tarifkommission. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. Die Vertrauensleute werden ersucht, die Verbandsbücher einzusammeln und sie am Montag zum Umschreiben mitzubringen. — Die Ortsverwaltung.

Schulung, Zigaretten-Industrie! Montag 4½ Uhr bei Schrader, Alte Schützenhauser Str. 224, wichtige Sitzung sämtlicher Betriebsräte und Vertrauenspersonen der Zigaretten-Industrie. — Der Parteivorstand.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute abend findet in der Aula am Bauhaus, Platz 9 eine Feier zum 48jährigen Bestehen der Abteilung Silberstein statt; bestehend aus Agitationen, Ansprache, Musik, Hans-Sachs-Schwanz u. a. m. Eintritt 10 Pf. Anfang 7 Uhr. Der Ortsausschuß für Jugendpflege Kraußmann veranstaltet heute abend in der Aula der Bobbin-Schule, Bobbinstraße, eine Fimmschifffahrt. Eintrittskosten zum Besitze von 15 Pf. für Jugendliche und 20 Pf. für Erwachsene sind am Eingang zu haben. Anfang 8 Uhr.

Rede: Treffpunkt zur Sonnenwendfeier um 4½ Uhr Alexanderplatz.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Sozialistische Gemeinde. Sonntag vormittag 11 Uhr im Rathaus, Abnigstraße. Vortrag des Herrn P. Rosal: „Wozel ohne Gott“. Daranmit: Träume (Wagner). — Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 132a. Vortrag des Herrn Dr. Christmann: „Die Entwicklung des Christentums in der Kirche“. Gölle mitkommen.

Arbeiter-Altcrnband Weisensee. Heute, Sonnabend, abend 8 Uhr in der Gemeindehalle, Pflanzstraße, 13. einmalige Ausführung der festlichen Produktion „Das Gesetz“ von Heber durch die Abteilungsleitung Heiden-Heinrich-Einlocherten a 50 Pf. bei den Parteifunktionären und an der Abendkasse.

Die Ortsgruppe Schöneberg des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen feiert das diesjährige Weihnachtsfest am Freitag, den 22. Dezember 1922, in der Schloßbräuerei Schöneberg, Hauptstr. 122. Eintrittskosten in der Geschäftsstelle, Apffel-Postbus-Str. 7, und bei den Funktionären.

Wetter bis Sonntag mittag. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend trübe, an der Küste wiederholte, im Binnenlande mehr vereinzelte, im allgemeinen geringe Niederschläge bei mäßigen westlichen Winden.

Bei Hautausschlag, Beinschäden

(Kramladern)

ist San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe

seit 100 Jahren ein mildes u. wirks. Mittel. — Orig.-Dose 150 u. 325 M.

Elefanten-Apotheke, Berlin SW

Leipziger Straße 74 am Dönhofsplatz. Fernsprecher: Zentrum 7192.

M. SCHULMEISTER

Hochbahnstation Kottbuser Tor

Herrn-Anzüge

Tailenmäntel mit Gürtel

Sport-Anzüge Sport-Pelze

Erstklassige Herrenbekleidung

Anzüge, Paletots, Schlüpfer, prima Stoffe

Vollwertiger Ersatz für Maß :: Zivile Preise

MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

Lederwaren



Einrichtungs-Koffer

Handtaschen, Besuchs-, Damen- und Geldscheintaschen :: in allen Preislagen ::

P. Raddatz & Co.

Berlin W 66, Leipziger Straße 122-123.

Verkauf von Losen für die Preuß. Staatslotterie

Garderobe

gegen bar und auf

bequeme Teilzahlung

Moderne Schlüpfer

Niejenauswahl

ihon von 18000.— an

Anzüge sehr preiswert

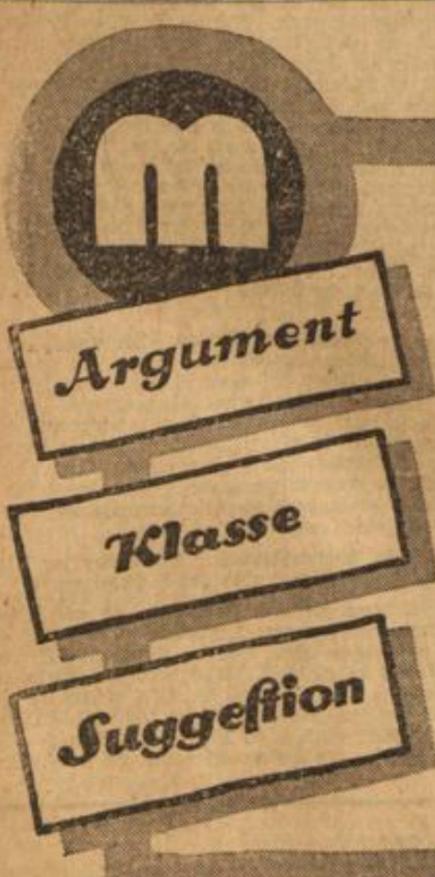
Damen-Garderobe

Mäntel, Kleider, Röcke, Kostüme

Gebr. Kafner Bülowstraße 6

an Rosenstraße 10

Morgen, Sonntag, von 1-5 Uhr geöffnet.



Auserlesene Tabake des Orients
sorgfältige Mischung
hochwertige Arbeit

Allcin diese Vorzüge begründen
den hervorragenden Ruf der

Manoli Zigaretten

Die Volksgesundheit vor dem Zusammenbruch.

Ein Warnungsruf der Ärzteschaft.

Die von Kölner Ärzten angeregte, von der ganzen deutschen Ärzteschaft unter Führung des Hauptgesundheitsamts der Stadt Berlin veranstaltete große Kundgebung, die zum Schutz der bedrohten Volksgesundheit und Arbeitskraft des deutschen Volkes aufrief, fand gestern in der Aula der Berliner Universität unter sehr starker Beteiligung statt.

Gehheimer Obermedizinalrat Prof. Rubner-Berlin eröffnete die Kundgebung mit einer Ansprache, die auf den Ernst der durch die militärische Katastrophe

geschaffenen Lage hinwies. Die nach Aufhebung der Kriegskontrolle eingetretene Besserung der Ernährungsverhältnisse und des Gesundheitszustandes ist schon 1921 wieder durch neues Ernährungselend abgelöst worden.

Gehheimer Medizinalrat Prof. W. His-Berlin schilderte in längerem Referat den

Niedergang der Lebenshaltung des deutschen Volkes, der auf die uns nach dem Kriegsschluss gegönnte kurze Erholungsperiode gefolgt ist. Die Teuerung, die weitesten Kreisen der Bevölkerung den Kauf notwendiger Lebensmittel aufs äußerste erschwert, wirkt jetzt ebenso wie im Kriege die Blockade.

Am Krankentum des deutschen Volkes zeigt den Deutschen Arzt der Geheimrat Dr. Dippe, Vorsitzender des Deutschen Ärztevereinsbundes. Nicht nach dem Fieber in der Hauptstrasse der Großstädte soll man das deutsche Volk beurteilen.

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vicki Baum.

Es gibt kein Herdfeuer mehr — dachte Anselmus dumpf, als da sah er den Abend noch einmal, an dem Linde zu ihm gekommen war.

Er rief nach Linde, rief leise, obwohl er schon wußte, sie sei nicht mehr in seinem Haus. Dann verweilte er auf der Schwelle und suchte benennen den Weg hinunter.

Das Mutterhaus quoll über von Frauen. Ihr Geruch warf sich Anselmus schon auf der Schwelle entgegen wie eine schwere trüchtige Wolke.

Zustimmung.) Gewährt uns, schloß er, die Möglichkeit, zu schaffen, uns emporzuarbeiten und das kranke Deutschland wieder gesund zu machen.

Als dritter Redner sprach Prof. Dr. Krautwig, Beigeordneter der Stadt Köln über

deutsche Kinder in Not.

Von den Schrecken der Kriegszeit erzählen die vielen Kindergräber unserer Friedhöfe, aber noch erschütternder ist die Verkümmern der Ueberlebenden.

In einem Schlußwort forderte Prof. Rubner, das Reich solle dem Ausland nicht eher Leistungen aus dem Friedensvertrag gewähren, als bis für das deutsche Volk das tägliche Brot beschaffen ist.

Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht wird, die dem deutschen Volk bei der ständig fortschreitenden Verelendung drohen.

Prozeß Klante.

Er hatte „Pferdeverstand“.

Dem Zeugen Reichenbach stellte der Verteidiger, Rechtsanwalt Pupp, zum Schluss der Vernehmung die Frage, ob ihm bekannt gewesen sei, daß sich die Mehrzahl der Better aus minderbemittelten Kreisen rekrutiere.

Es kam dann noch zur Sprache, daß Klante in Leipzig mit besonderer Genehmigung von Richard Strauß ein Orchester dirigiert habe, ohne daß in diesem Falle allerdings ein Zusammenhang mit dem Verhandlungsgegenstand ersichtlich war.

Der Zeuge bejaht dies und erklärte auf eine weitere Frage des Verteidigers, daß er nur gemeint habe, Klante verstehe von dem Körperbau des Pferdes nichts, dagegen hätte er die Gemüths- und Altersverhältnisse, die Neigungen usw. genau gekannt.

Die Berechnung der Müllabfuhrkosten.

Zu der Notiz, die wir unter dieser Ueberschrift in Nr. 287 vom Donnerstag abend brachten, wird uns aus Stadtvorordnetenkreisen geschrieben: Die Gesellschaft ist nicht berechtigt, für den Monat November je Kosten bei einmaliger wöchentlich Entleerung einen Preis von 1750 M. zu erheben.

um den Höchstprozentfuß von 400 Proz. angeniert auf die Mieter umlegen zu können. Im Wohnungsausschuß hat die Gesellschaft selber ihre Selbstkosten pro Kasten für den Monat November auf 600 M. und für den Monat Dezember auf 1300 M. angegeben.

Ein Kulturpartei.

Arbeiterpartei und Lehrerschaft.

Das Arbeiter-Sportpartei und die sozialistischen Lehrer nahmen am Donnerstag zur Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft“ Stellung. Deftlicher vom Arbeiter-Sportpartei schilderte eingehend die Entwicklung und die Kämpfe des Arbeiterports in der Vorkriegszeit.

Straßenüberfrechheit.

Ein mit Kupfer beladener Wagen fuhr kürzlich durch die Küllersstraße. Wäglich sprangen drei junge Turluchen auf das Fußblech und verdrückten die Behälter, in welchen sich das Metall befand.

Auch die Kirche will verbrennen. Auf der Berliner Stadtsynode wurde bewegliche Klage über das hohe Defizit geföhrt. In erster Linie sollen die viel zu niedrigen Friedhofsgeldern mit Schuld daran sein.

Die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2 ist am Sonntag, den 17. Dezember, von 1 bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Milchorten anmelden! Die bereits im Besitz der Milchbezugsberechtigten befindlichen Milchorten für den Monat Januar 1923 müssen bis zum 24. Dezember 1922 in den Milchhandelsbetrieben und in den Abmeldeämtern (Kuhställen) angemeldet werden.

„Zehn Jahre? Christine! Wie lange war ich fort? Im Bergwerk vergißt Gott die Menschen, man hat keinen Tag und keine Jahreszeit.“

„Nein. Laß nur — vielleicht warst du nicht lange fort. Die Zeit vergeht so schnell — jetzt.“

„Habe ich ein Kind?“

„Ja. Aber wo ist dein Kind?“ hörte er noch, doch als er hinauf, sah er allein auf der Stufe, und die Kinder wimmelten zu seinen Füßen im Garten.

Vielleicht war es nur geträumt, daß Anselmus von einem Kind zum anderen ging, er spürte ihre kleinen geflickten Köpfe in seiner Hand und wendete ihren Blick zu sich.

„Wo ist sie denn?“

„Wer weiß das. Sie ist lange fort, o, wie lange. Ich habe es vergessen. Ich vergesse so schnell — weißt du.“

„Es hat sie niemand gesehen, glaube ich. Dein Haus ist leer.“

„Ja. Mein Haus ist leer,“ sagte Anselmus bedrückt. Durch den Garten tobte eine Kastade von nackten Kindern.

„Wie lange warst du fort, Anselm? Fünf Jahre? Zehn Jahre? Du gingst an einem Morgen fort mit Lorenz, das ist so lange her. Bald bist du alt —“

(Fortsetzung folgt.)

vollen Augen, die zwischerten und schwächten, berichteten von den überstandenen Schmerzen und vom Kind. Anselmus schaute sie alle an und fand Linde nicht.

Christine war ein Berg geworden, ein Gebirge von Fruchtbarkeit, die roten Adern auf ihren Wangen standen dicht vor dem Zerplatzen.

„Herrgott,“ sagte sie und starrte ihn offenen Mundes an. Sie trug zwei Säuglinge, die gleichfalls schrien.

„Herrgott,“ sagte sie, „bist du hier? Und störst du die Frauen beim Stillen? Suchst du hier Linde?“

„Ja. Wo hat ihr Linde?“ wiederholte er eigenfönnig, während sie ihn fortnahm, sich draußen auf eine Stufe setzte, die in den Garten führte, und ohne weiteres die beiden Kinder an ihre Brüste nahm.

„Wo hat ihr Linde?“

„Wir haben Linde nicht hier. Ich habe anderes zu denken. Wir haben das Haus so voll, so voll — ich weiß nicht, wohin mit allen Weibern und Kindern und Geburten.“

„Wo ist sie denn?“

„Es hat sie niemand gesehen, glaube ich. Dein Haus ist leer.“

„Ja. Mein Haus ist leer,“ sagte Anselmus bedrückt. Durch den Garten tobte eine Kastade von nackten Kindern.

„Wie lange warst du fort, Anselm? Fünf Jahre? Zehn Jahre? Du gingst an einem Morgen fort mit Lorenz, das ist so lange her. Bald bist du alt —“

Das Morgens milk Frühstück

Freitag, den 15. Dezember.

Ich war heute im Konsum und habe verschiedenes eingekauft. Ich hatte gestern vergessen mitzuteilen, daß mein Mann sich 1500 Mark von einem Freund geborgt hatte. Wie ich nun beim Einkauf bezahlen sollte, reichte mein Geld wieder nicht. Eine mir bekannte Frau, die auch gerade da war, borgte mir noch 500 Mk., und so konnte ich denn bezahlen. Im ganzen habe ich eingekauft:

1/4 Liter Milch	142,50 M.
1 1/2 Pfd. Fleisch	300,-
1 Suppengrün	10,-
1 Pfd. Nudeln	180,-
2 Pfd. Salz	28,-
3 Pfd. Zucker auf Karten	900,-
Mottrich	12,50
1 Brot	280,-
Zusammen	1550,-

Der Zucker reißt ein ordentliches Loch ins Portemonnaie. Trotzdem bin ich froh, daß ich noch etwas kaufen konnte. Ich wollte mir noch gern andere Sachen besorgen, aber mein Geld war alle, und ich mußte nach Hause gehen. Zu Mittag gab es Brühsuppe und Kartoffeln mit Mosterchauce. Das Essen dürfte einschließlich der Feuerung auf etwa 520 Mk. gekommen sein.

Als mein Mann nach Hause kam, sagte ich ihm, daß ich noch 118 Mk. hätte und daß ich mir noch 500 Mk. borgen mußte, um meine Einkäufe bezahlen zu können. Ich war ganz verzweifelt. Mein Mann aber hatte die langersehnte Rückzahlung bekommen. Er sagte mir nicht, wieviel es war, und gab mir 25000 Mk. Er wollte auch etwas für sich behalten, wie er sagte, und ich denke, daß er uns eine kleine Ueberraschung zu Weihnachten bereiten möchte.

Schiffszusammenstoß. Der Dampfer Mexiko von der Ward-Line ist in der Lower-Bucht bei New York mit dem Dampfer Hamilton zusammengestoßen. Die Mexiko mit 119 Passagieren an Bord hat drohendes Unheil erlitten. Das Schiff hat ein großes Leck erhalten.

Arbeitersport.

Fußball am Sonntag.

Bezirk Norden. 1. Mannschaften. 2 Uhr. Vbl. A: Viktoria-Bismarck, Fichte-Abler 12, Nord-Oranienburg-Dansa, Borussia-Abler 08. — Vbl. B: Germania-Teget, Wacker 10-Eisenbahner, Bertha-Bernau. — Vbl. C: Teutonia-Gleis, Union-Fußballring, Nordiska-Felten. — Vbl. D: U. T. B. Pantow-Reinickendorf, Pantow 08-Rathenow, Siemensstadt-Vorwärts, Spandau-Selveria. — Jugend. 1. Mannschaften. 10 1/2 Uhr. Vbl. A: Rathenow-Bismarck (11 Uhr), Abler 08-Spandau, Fichte-Lautonia-Dansa-Wacker 12. — Vbl. B: Eisenbahner-Reinickendorf, Siemens-Vorwärts. — Vbl. C: Germania, U. T. B. Pantow-Bernau. **Bezirk Osten.** 1. Mannschaften. 2 Uhr. Vbl. A: Reichendorf-Mohlbach, Teplitzer B. C. Fichtenwalde, Wolterdorf-Neuenhagen, Fichtingraben-Teplitzer, Teplitzer-Berolina. — Vbl. B: Deutsch-Buchhagen-Grünau, Fichtingraben-All-Güter, Wagn-Edith-Fidel, Niederichme-Hörschlag, Teplitzer-Concordia. — Vbl. C: Lichtenberg III-Süd-Ost, Lichtenberg II-Metania, Obersee-T. B. C. Neutal-Brandenburg. **Bezirk Süd.** 1. Mannschaften. 10 1/2 Uhr. Vbl. A: Sparta-Rüttig-Vorwärts, Teutonia-Scitania, Teutonia-Lichtenberg I, Spielplatz-Stralau, Reichsvereinsjugung. — Jugend. 1. Mannschaften. 10 1/2 Uhr. Vbl. A: Lichtenberg 2-Reichendorf, Neuenhagen-Mohlbach, Teplitzer-Lichtenberg 3, Spielplatz-Fichtenwalde. — Vbl. B: Teplitzer-Grünau-Fichtingraben. — Vbl. C: Fichte-Oh-Stralau, Brandenburg 08-Teutonia, Sparta-Lichtenberg I, Fichte-Süd-Ost-Scitania. **Bezirk Südwest.** 1. Mannschaften. 2 Uhr. Gruppe A: Brandenburg-Bismarck, Lichtenberg-Romanus, Potsdam-T. B. C. Bertha-Steglich. — Gruppe B: Viktoria-Ludwigshagen I (1 Uhr), Ludowigshagen II-Stern. — Gruppe C: Ludowigshagen 08-Berolina, Ludowigshagen 12, Teplitzer-Vorwärts, Teplitzer-Ludowigshagen 08. Ein interessantes Treffen findet in Gruppe Norden, Vbl. A, zwischen U. T. B. Borussia-Abler 08 in Reinickendorf-Oh, hinter dem Rathaus, auf dem geschlossenen Borussia-Sportplatz statt. Es ist hier guter und spannender Sport zu erwarten, denn es geht mit um die Führung in Gruppe Norden, Vbl. A. Beide Mannschaften werden in diesem Spiel in härtester Konkurrenz antreten. Der Kampf ist offen. Die ersten Mannschaften spielen um 2 Uhr nachmittags.

Hockey-Serienspiele.

Lichtenberg 2 I-Roabit 1 in Lichtenberg, Hirschberger Straße, 2-3 1/2 Uhr. Wacker-Berolina (Fichte 1); U. T. B. C. I-Charlottenburg I in Stralau, Schillerstraße, 3-4 Uhr. Fichte-Oh (Fichte 1); U. T. B. C. II-Charlottenburg II in Stralau, Schillerstraße, 1-2 1/2 Uhr. Wacker-Berolina (Fichte 1); Bismarck-

dorf 1-Roabit 1 in Wilmersdorf, Württembergische, Edle Fähringer Straße, 2-3 1/2 Uhr. Wacker-Berolina (Fichte 1); Wacker 1-Roabit 1 in Wilmersdorf, Württembergische, Edle Fähringer Straße, 12 1/2-2, Dage-Berlin (Roabit); Roabit II-Roabit III in Wilmersdorf, Württembergische, Edle Fähringer Straße, 10 1/2-12, Jonath-Thomas (Wilmersdorf); Fichte 10 I-Fichte 1 I in Lichtenberg, Wagnersplatz, 9-10 1/2 Uhr. Lichtberg 2 (Lichtenberg 2); Fichte 1 II-Fichte-Oh II in Lichtenberg, Wagnersplatz, 10 1/2-12 Uhr. Potsdam-Lichtberg-Rathenow (Fichte 10); Fichte 12 I-Fichte-Oh I in der Schönhäuser Allee, Gergersplatz, 10 1/2-12 Uhr. U. T. B. C. I-Potsdam (Schönhöhe); Fichte 1 I-Schönhöhe I in der Schönhäuser Allee, Gergersplatz, 10 1/2-12 Uhr. U. T. B. C. II-Fichte 12; Fichte 1 II-Schönhöhe II in der Schönhäuser Allee, Gergersplatz, 9-10 1/2 Uhr. Unger-Heise (Fichte 12).

Arbeitervorteil-Bund. 4. Kreis. Am Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 10 Uhr, im Lokal Behrend, Mantelstraße 95, Reichsverbandstagung.

Arbeitersportfest des 15. Bezirks. Die nächste Delegiertenkonferenz findet am Montag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr, in der Schule, Niederichmeide, Berliner, Edle Fähringer Straße, statt. Pünktliches Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht.

Spezialklub Ober- und Niederichmeide. Die am Donnerstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, stattfindende Sitzung des Reichsverbandes aus. **Leistungsklub „Die Naturfreunde“.** Vbl. Wehling. Sonnabend, den 16. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Aula der 14. Realschule, Wiltbergstraße 18 (Jeppein-Schule), ein Wilhelm-Busch-Abend, bestehend aus Vorträgen, Gesang und Lichtspielen, statt.

Ein Schatzkasten der Kinder. verbunden mit Weihnachtsgeschenken, veranstaltet am Sonntag, den 17. nachmittags 4 Uhr, die Freie Turnerschaft in der Turnhalle der Wiltbergstraße, Schönhöhe, Wiltbergstraße (am Stadtpark). Alle Kinderfreunde und Interessenten sind eingeladen.



Zine Waisnauß-Bzuis
 brauchen die Deutschen viel Zucker. Dieser ist knapp und teuer. Schließst du dir Zucker ab, so hast du auch ein reiches Süßwaren- und alkoholfreies
 Gut • billig • heimisch!
 Waisnauß-Bzuis, Drogenhändler und Exporteur

Erfolg Gold
 haben Inserate im Vorwärts
 Vertreter gesucht. Prospekt gratis.
 Füllhalter, 14 Kar. Gold, Diam. Irid.-spitze, in Hartgummi, Präzisionsarbeit. Zufriedenes Schreiben ein ganzes Leben lang. 12 Wochen Umtausch.
 Fachkundige Beratung. Reparaturen alter Halter.
 Berlin V., Friedrichstr. 74, gegenüber Kaiser-Café.

Garderobe
 besonders preiswert auf Teilzahlung
Herren: Anzüge, Schlüpfer, Paletots, gestr. Hosen, Ersatz für Maß
Damen: Kleider, Mäntel, Kostüme, Röcke
 in großer Auswahl
 Sonntag geöffnet von 1-5 Uhr
Beiser
 Lothringer Straße 67

Passende Geschenke für den Weihnachtstisch
Wollsachen
 Wollgarnituren für Mädchen . . . 1500,-, 1250,-, 985,-
 Wollgarnituren für Knaben . . . 1950,-, 1250,-, 985,-
 Wollschals, moderne Farben . . . 1250,-, 950,-, 475,-
 Sweater-Anzüge u. Sweater mit Mütze u. Schal für Knaben
 Seidene Schals, moderne Streifen u. Farl. in großer Auswahl
 Mengen-Abgabe vorbehalten
Herren-Hüte
 Wollhüte . . . 1200,-, 950,-, 750,-
 Haar-Hüte . . . 7500,-, 6500,-, 4300,-
 Stiefe Herren-Hüte . . . 7500,-, 3500,-
 Zylinder u. Chapeau elaque in allen Größen am Lager
 Kravatten und Hosenträger in reicher Auswahl
 Neu aufgenommen: Ober-Hemden, entzückende Neuheiten
Titus König
 Bergstraße 9-10 ... NEUKÖLLN ... Kaiser-Friedrich-Straße 224-225
 Sonntag, den 17. und 24. d. M. von 1-5 Uhr geöffnet!

MARGRAF & Co.
 Juweliere
 Berlin, Unter den Linden 21
 Kanonierstr. 9 - Tauentzienstr. 18a
Juwelen * Perlen
 Reichhaltiges Silberlager
 Besondere Ankaufs-Abteilung

Ungeheuer billig!
 gestiegen Preise sind alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen im Vorwärts sind aber immer noch

Achtung! Augen auf! Achtung!
 Versehen Sie in der heutigen schweren Zeit Ihre Schmuckstücke nicht an der unrichtigen Stelle, wir zahlen reich und gut und sind dafür in Gross-Berlin bekannt.
Brillanten
 je nach Größe h. 200 000, h. 500 000, h. 800 000
 h. 1 1/2 Millionen Mark pro Karat
Gold, Silber, Platin - Bruch und Jagentand
 Wir suchen dringend 10 000 gold. Herrenringen für gute Ware zahlen wir bis 300 000 M. und mehr. Wir kaufen ausserdem Ketten, Ringe, Ohrensteine, Linsen. Für ganze Gebisse zahlen wir h. 500 000 M., f. einzelne Zähne h. 25 000 M. Kommen sie vertrauensvoll zu uns, wir bieten Ihnen die grössten Vorteile.
Edelmetall-Einkaufsgesellschaft m. b. H.
 handelsgerichtl. eingetragen
 am Potsdamer Platz **Röthener Str. 36** am Potsdamer Platz
 Köln deutsches, christl. Unternehmen.

Eichler 2 1/2 PS Motorrad
 hat in der Zeit vom 12. zum 14. Dezember auf der Avusbahn in Berlin in **ununterbrochener Fahrt** eine Strecke von **1700 km**, gleich der Entfernung **Berlin - München - Rom** zurückgelegt und zwar **ohne jede Betriebsstörung** Es bedeutet dieses einen **Welt-Rekord des Eichler-Motorrades** und zugleich der **Continental-Cord-Bereifung** die ohne jede Panne durchhielten.
EICHLER & CO., Motorradwerk
 BERLIN SW 68, Kochstraße 32 (Dönhoff 4486-87)
 Verkaufsstellen in Berlin: G. Pilschow, Potsdamer Str. 41a, Fr. Unruh, Charlottenb., Bismarckstr. 97/98

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Sonnabend, den 16. Dezember:

Die Genossen der 44., 45., 46., 47. Abteilung beteiligen sich an der Weihnachtsfeier der Enghilfen der Arbeiterjugend, Abteilung Südost. Diese findet in der Aula der Schule am Lauffer Weg 9 statt. Anfang 7 Uhr. Unkostenbeitrag 10 Pf.

77. Abt. Schöneberg, 7 Uhr in der Commun-Schule, Grenzf. 10, Weihnachtsfeier. Alle Genossen und Genossinnen sind eingeladen.

91. Abt. Reuthe. 7 Uhr Familienfeier beim Genossen Gierert, Wilmanns-Ring 20.

112. Abt. Rahmsdorf, 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Wilhelmshagen, Wilhelmshagen, Wölfe, Eda. Vorfahrtfrage. Wichtige Tagesordnung.

Jugendaktivitäten. Ortsgruppe Baumhainweg: Heute 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Gröbner 16. Vortrag des Genossen Baumhain: „Arbeitsrecht“ - Arbeitsgruppen-Gemeinschaft: „Der Arbeiterbewerber“. Beginn Montag abend 7 1/2 Uhr im Hause der „Westliche-Str. 15“, Röhreburger Str. 7. Begleit Genosse Dr. Heilmann. Bitte mitkommen.

Morgen, Sonntag, den 17. Dezember:

23. Abt. Bornholmer 11 Uhr Sitzung des Hauskomitees mit den Bezirksführern zur Berechnung der Sammlungen für die Weihnachtsfeier im kleinen Vortragsaal.

77. Abt. Schöneberg. Vortragsabend mittags 4 Uhr Weihnachtsfeier mit Kinderbesetzung im Vortragsaal, Tempelhof. Eintritt frei. Mitgliedsbuch legitimieren.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Vortragsabend mittags 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Gruppenfeier. Vortrag des Genossen Heilmann über „Die politische und wirtschaftliche Lage“. Gruppenangelegenheiten. Sämtliche Ortsvereine müssen vertreten sein.

Reichsverband der Arbeitsgenossenschaften (E. V.)

Als besonders preiswert stellen wir zum Verkauf:

Einen großen Posten **Hauschuhe** für Erwachsene und Kinder mit und ohne Lederbesatz:

Niedrige . . . von 300 bis 1000 M.

Hohe . . . von 2000 bis 3000 M.

je nach Verarbeitung und Größe.

Einen großen Posten **Lederhalbschuhe** für Frauen mit Kernleder-1850 M.

Einen großen Posten **Männerhemden** von 2600 M. an

Einen großen Posten **Hosen** in bester Verarbeitung in den verschiedensten Quali-1850 M.

Einen großen Posten **Anzüge** hervorragend in Sitz, Stoff und Verarbeitung konkurrenzlos billig.

Verkaufsstellen:

Köpenicker Straße 145 (nahe Schlesischer Bahnhof)

Litauer Straße 15, Ecke Romintener Straße

Schönerhauser Allee 47 (am Hochbahn-Danziger Str.)

Chausseestraße 76 (nahe Weddingplatz)

Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 230/231

Kottbuser Damm 69

Sämtliche Verkaufsstellen sind geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 7 Uhr abends. Am Sonntag, den 17. Dezember 1922, von 1 bis 5 Uhr nachmittags. Kein Postversand. — Trotz unserer billigen Preise werden Anzahlungen für spätere Abnahme angenommen.

Die unübertroffenen

HALPAUS

Cigaretten

RARITÄT SPECIAL

RARITÄT EXTRA

RARITÄT DELIKAT

RARITÄT LUXUS

Möbel

Nur od. Teilzahl.

billige Preise

Wohnz., Schlafz., Speisez., Herrenz.

Bunte Küchen Einzelne Möbel

Kostent. Lagerung

Möbel - Cohn

Gr. Frankfurt, Str. 56

5 Min. v. Alexanderplatz

Phil. Radstr. 47/48

5 Min. v. Laub. Str.

Sonntags 1-5 geöffnet!

Stoff-Reste-Haus

A. M. Steinhardt

18 Kottbuser Damm 18

Schöne Reste für Herren-Anzüge

Mäntel Kostime Kleider

in Stoff, Samt und Seide, sowie Futterstoffe. Schönste letzte große Auswahl.

Sitzung teill. Qualität.

Gardinen

Sonderangebote u. Gelegenb. - Käufe in Resten

Stores, Bettdecken

Madras- und Kunststergardinen.

Spezial-Gardinenverkauf

Haukilla, Bergstr. 67

am Jachbahnhof.

Ein taubst. stilles Gleichstrom - Motor

Mod. I-Schwarzkopf NR 17 91 GL 5 V 220

deuand: a KW PS

1600 30,4 7,36 10 zu verkaufen. Offert unter A 86 an die Hauptred. des „Vorwärts“ erheben

Metall

Osten

Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Brillanten

Gold-Silber-Bruch

kauft höchstzahlend

Ankaufsstelle Frankfurter Allee 298

an der Lauenstr.

Juwelen

Gold- und Silber-Bruch

kauft zum höchsten Tagespreis

Leihhaus Zehden, Karistr. 24.

Musikinstrumente

Geigen u. Feingebieten

J. Altrichter Kurfürstendamm 72

Edelmetalle

Edelsteine, Schmuck

Edelberger Str. 1.

B. FEDER

Norden: Brunnenstrasse

Osten: Frank. Allee 350

Süden: Kottb. Damm 103

Westen: Ch. Scharrenst 5

Nach wie vor auf Wunsch

Zahlungs-Erleichterung in diskreter Weise

Complete

Wohnungs-Einrichtungen

Speise-Zimmer Herren-Zimmer

Wohn-Zimmer Farbige Küchen

Schloß-Zimmer Weiss Mattlack

und polierte Einzelne Möbel

Mossing-Bettstellen, Leder-Garnituren

Gobelinsgarnituren

Klein- und Luxus-Möbe

für Weihnachts-Geschenke

Teppiche, Decken, Dekorationen usw.

Morgen Sonntag von 1 Uhr ab geöffnet!

Gardinenverkauf!

Praktisch, Weihnachtsgeschenke

weit unter Tagespreis

Verkauf nur an Private

Künstler-Garnituren von 3975

Halbstores mit Vorst. von 2250

Bettdecken gewicht. la Qual. v. 2975

Etamin, Mull-, Madrasstoffe enorm preiswert

Plauerer Gardinenvertrieb

24 Gertraudenstr. 24, 1. Etage

Sonntag, den 17. von 1 Uhr ab geöffnet!

Tüchtige Metallarbeiter jeder Branche

melden sich sofort auf eine

Kleine Anzeige im „Vorwärts“

Strumpfwaren

kauft man jetzt noch sehr preiswert und billig im

Strumpfhaus „Werha“

Bis. Kottbuser Damm 72, Ecke Lauenstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin

Grete Herrmann

am 18. Dezember gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Parochialkirchhofes, Dönhofener Str., aus statt. Unser Kollege, der Schloffer

Franz Schwarz

ist am 12. Dezember gestorben.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Parochialkirchhofes in Belgis aus statt.

Rege Beteiligung wird ermartet.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bruder

Otto Büdeler

am 23. November gestorben ist.

Über ihrem Ableben!

Die Beerdigung findet am 23. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Parochialkirchhofes, Dönhofener Str., aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Ullsteinstraße 83/85.

Schäftszeit von 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Norden 883, 884, 885, 886.

Nachruf! Hauptgruppe I. Wahrung!

Untergruppen 1 und 2.

Montag, 18. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr, im Verbandshaus (Arbeiterheim).

Ministr. 80-85.

Berammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag über Produktionssteigerung. Ref.: Kollege J. Jense. 2. Gruppenangelegenheiten.

Das Gelingen aller Angelegenheiten ist die Aufgabe aller Mitglieder.

Die Ortsverwaltung.

KAUFHAUS ANDERS

am Bahnhof Wedding

Größtes Haus dir. am Nettelbeckpl.

Garderobe auf bequemste Teilzahlung

HERREN-DAMEN- Anzüge, Paletots, Kostime, Röcke, Kleider

Burschen - Anzüge gute Ware, solide Preise, gr. Auswahl

BERLIN N. 39

Größtes Haus dir. am Nettelbeckpl. Reichenderstraße 10.

Sonntag, den 17. und Sonntag, den 21. d. M. von 1 bis 5 Uhr geöffnet.

Reelle nächste Bezahlung für Zahngebisse

(auch zerbrochene)

Brillanten

Gold-, Silber-, Platin-Bruch

Bronzesteine, Münzensammlung, Ketten, Ringe, Uhren.

Juweller **Kleine Frankfurter Str. 1**

Bocksch 1 Min. vom Alexanderplatz.

Weihnachten Kommt!

Wählen Sie:

Krimmer-Mäntel

wie Obbildung von Mr. 29000

Kostime

fesche Macharten von Mr. 27500

Ulster

Gediegene Stoffarten in allen Farben von Mr. 13700

Kleider

aus Samt, Cheviot, Popeline in großer Auswahl noch sehr preiswert!



Oskar Wollburg

Brunnenstr. 56-57

Metall

Osten

Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Brillanten

Gold-Silber-Bruch

kauft höchstzahlend

Ankaufsstelle Frankfurter Allee 298

an der Lauenstr.

Juwelen

Gold- und Silber-Bruch

kauft zum höchsten Tagespreis

Leihhaus Zehden, Karistr. 24.

Musikinstrumente

Geigen u. Feingebieten

J. Altrichter Kurfürstendamm 72

Edelmetalle

Edelsteine, Schmuck

Edelberger Str. 1.

„SAROTTI“ Aktiengesellschaft

Berlin-Tempelhof

Die Auszahlung der für 1921/22 auf 20%, festgesetzten Dividende erfolgt von heute ab bei der Dresdener Bank, dem Bankhaus von Goldschmidt, Rotzschild & Co., dem Bankhaus Alfred Fester & Co. Kommanditgesellschaft, a. Aktien gegen Einreichung des Dividendenscheines für 1921/22.

Berlin-Tempelhof, den 12. Dezember 1922.

Der Vorstand

Pickel, Sommersprossen,

Hau unreinlichkeiten usw. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung, abgeseilt durch echte Vater-Philipp-Schäcker und Tufogen-Hautbleichselle, danach kommt arzneitige, unwe, zarte Haut zum Vorschein. Laborator am Dresden-Zachschwitz 140, in Berlin erhält, bei Eifauten-Apotheke, Leipziger Str., am Dönhofplatz.

Das Schulprogramm der Sozialdemokratie

von RICH. LOHMANN

Ein prakt. Handbuch für Eltern, Lehrer u. Erzieher, in dem nicht nur die Forderungen der Sozialdemokratie zusammengefasst sind, sondern auch die vielfachen Möglichkeiten zur christlichen Erziehung des Kindes dargestellt werden.

Preis Mark 500.-

Buchhandlung Vorwärts

BERLIN SW 68 LINDENSTR. 7

Preiswerte Weihnachts-Angebote

Jackell-Anzüge gediegene Stoffe, beste Verarbeitung von M. 22 500 an

Jackell-Anzüge la. Qualitäten, Ersatz für Mass von M. 28 000 an

Schlüpfer u. Paletots in best. Flausch- u. Cheviot-Qual., mod. Machart. von M. 25 000 an

Beinkleider elegante Streifen von M. 4 500 an

Winterjoppen aus guten Lodenstoffen, warm gefüttert

Morgenjoppen, Tuch- und Phantasiewesten

in grösster Auswahl, billigste Preise.

Knaben- und Jünglings-Bekleidung

für jedes Alter in allen Preislagen.

Berufskleidung für alle Branchen

S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstraße

